Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108. Donnerstag, den 9. Mai 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kampf gegen das Reichstagswahlrecht.

Im Deutschen Reiche gibt es nur eine politische Einrichtung, die als eine, in ihrer jetzigen Beschaffenheit allerdings noch sehr unvollkommene Konzession an den Demokratismus zu erachten ist, das Reichstagswahlrecht. Dieses Recht hat es der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie ermöglicht, Vertreter ihrer Interessen in das Reichsparlament zu bringen. Unter der Geltung dieses Rechts ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei in Deutschland geworden und hat sie bei den letzten Neuwahlen die stärkste Fraktion in den Reichstag entsandt.

Bismarck hat dieses Wahlrecht in Konsequenz der im Jahre 1866 mit Gründung des Norddeutschen Bundes begonnenen und 1870-71 vorläufig vollbrachten politischen Umgestaltung Deutschlands eingeführt. Nicht daß er, der immer eine Inkarnation reaktionärer Gesinnung war, sich zu ihm grundsätzlich bekannt hätte, sondern aus einer politischen Zwangslage heraus. Auch die herrschenden Parteien haben das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht niemals grundsätzlich anerkannt. Sie haben es sich gefallenlassen, solange die Sozialdemokratie noch schwach war und im Reichstage keine entscheidende oder mitentscheidende Bedeutung erlangt hatte. Als aber die „Umsturzpartei“ mehr und mehr erstarkte und diese Bedeutung gewann, traten die herrschenden Klassen und die aus ihnen gebildeten „Ordnungsparteien“ in Aktion für die Beseitigung des Reichstagswahlrechts, für seine reaktionäre Umgestaltung. Diese Aktion gewann an Umfang und Schärfe, je sicherer und kräftiger die Sozialdemokratie sich entwickelte. An der Bekämpfung des Reichstagswahlrechts haben sich in den letzten Jahrzehnten fast alle politischen bürgerlichen Richtungen beteiligt — die Konservativen, die Ultramontanen, die Nationalliberalen und sonstige „Liberale“, die Antisemiten, die Mittelstandspolitiker usw. Es gibt wohl kaum eine öffentliche Einrichtung, die so von frivoler Verunglimpfung betroffen worden ist und fortgesetzt betroffen wird, wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Nach der Behauptung der „Ordnungspolitiker“ dient es dazu, „alle Ordnung zu untergraben“, die „dumme Masse“ zur Herrschaft zu bringen, dem „gewaltsamen Umsturz“ Vorschub zu leisten. Das Maß der Verunglimpfung, der gehässigen und dummen Angriffe ist zwar längst erschöpft. Neues an „Gründen“ gegen das Reichstagswahlrecht vermag kein ordnungspolitisch dressiertes Gehirn mehr auszuhecken. Und tausendfach in erschöpfendster Weise sind diese Gründe widerlegt worden. Aber Ordnungspolitiker echter und rechter Qualität erachten es als notwendig und sehr verdienstvoll, ein bürgerliches Publikum immer wieder aufs neue über die „Ungerechtigkeit“ und „Verderblichkeit“ des Reichstagswahlrechts zu belehren.

In dem weit verbreiteten „Allgemeinen Beobachter“, Halbmonatsschrift für alle Fragen des modernen Lebens, unternimmt Professor Dr. Paul Förster-Friedenau solch eine Belehrung. „Wahl-Recht und Wahl-Unrecht“ überschreibt er seinen Artikel. Er will „Wahrheit“ verkünden und er verstrickt sich dabei von vornherein in eine höchst bedenkliche politische Philosophie, aus der vielleicht Herr v. Bethmann-Hollweg, der geniale Staatsphilosoph, noch etwas lernen kann. Der Herr Professor klagt, daß „der deutsche Volksleib schweren Leiden verfallen ist“. Seit der Gründung des neuen Reiches, besonders aber seit 22 Jahren, „seitdem ein unsteter, oft unbegreiflicher Kurs in der Regierung eingesetzt“ habe, sei er nun „nicht mehr vorwärts gekommen, sondern vielfach sogar gegen andere Völker ins Hintertreffen gekommen, als Macht sowohl, wie als Volkheit“. Aber der Verfasser ist doch ganz gewiß ein aufrichtiger Freund und Verfechter der mit dynastischen und Klasseninteressen engstens verknüpften Ausgestaltung des Militarismus, des Heeres, der Flotte, der Kolonial- und Weltmachtpolitik. Seine Klage über des Reiches „Rückständigkeit“ kann also wohl nur dahin gedeutet werden, daß ihm diese wahrhaft monströse Entwicklung, die in der Tat das Volk schwer geschädigt hat, noch nicht weit genug geht. Doch darüber spricht er sich nicht näher aus. Und es läßt sich nicht erkennen, was er versteht unter dem „Geist der Perversität“, dem „Geist der Verdrehung aller staats- und volkserhaltenden Grundbegriffe und Grundsätze“, der seiner Behauptung nach „überall, oben wie unten, in erschrecklicher Weise Platz gegriffen hat“. Er spricht da nebenbei von seinem Verlangen nach „vaterländischer und neuzeitlicher und natürlicher Erziehung“ unserer deutschen Jugend, um dann der „Erziehung der Erwachsenen“ zu Staatsbürgern, der „Politisierung des Volkes“ in seinem Sinne das Wort zu reden, die ihm als „notwendige Voraussetzung für die richtige Anwendung des Staatsgrundgesetzes und für eine starke, erfolgreiche Staatsleitung“ gilt. Da steht ihm in erster Linie die Frage: „Haben wir im Reichstagswahlrecht das rechte Mittel einer Volksvertretung gefunden?“ Er verneint diese Frage rundweg und meint, „daß es hohe Zeit sei, sie überall zur Erörterung zu stellen.“

Man fragt unwillkürlich, ob denn Professor Förster wirklich nicht weiß, daß diese Erörterung schon Jahrzehnte hindurch stattgefunden hat, in der Presse der bürgerlichen Parteien, auf ihren Tagungen, im Reichstage, im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause, wie in andern Parlamenten! Er stellt sich hin als der Verkünder einer „neuen Wahrheit“, die „auf dem Marsche und Gemeingut weiter Kreise, gerade der Besten des Volkes“, sei; den vielen, die noch vorsichtig die „Mördergrube ihres Herzens“ verschlossen halten, möchte er „den

Der Frauentag

am kommenden

Sonntag, dem 12. Mai 1912,

muß zu einer

großen Kundgebung

der Proletarierinnen werden.

Darum werbt an allen Orten für guten Versammlungsbesuch!

Mut machen, offen herauszukommen und sich zu einer Streitschar gegen das ebenso widersinnige, wie nach den damit gemachten Erfahrungen unheilvolle Reichstagswahlgesetz zusammenzuschließen“. Bedarf es noch offeneren, noch rücksichtsloseren und frivoleren Herauskommens der Junkerpartei, der Agrarier und ihrer Bundesgenossen, der großindustriellen Scharfmacher, nationalliberaler und ultramontaner Politiker, als wir es seither schon erlebt haben? Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß alle reaktionären Elemente in diesem Punkte einig sind und daß sie nur den ihnen günstig erscheinenden Augenblick abwarten, um die Beseitigung des Reichstagswahlrechts alles Ernstes zu versuchen.

Aber Professor Förster gefällt sich nun einmal in der Rolle des bahnbrechenden Reformators. Und um seiner „patriotischen“ Mission stärkeren Nachdruck zu geben, belehrt er seine Leser, daß wir guten Deutschen „waren und bleiben die Narren fremder Lehren und Phrasen“, daß wir uns „allezeit auch von fremden politischen Mustern berücken“ ließen, von den „Menschenrechten“ und dem „Phrasendreibund Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; der französische Parlamentarismus habe „es uns angetan“, und so stehe denn das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als ein Dogma da, an dem nicht zu rütteln ist.

Um diese „historische Erkenntnis“, die für die „deutsche Volkheit“ den selbständigen Begriff der Volksrechte nicht gelten läßt, ist der Herr Professor wahrlich nicht zu beneiden. Im Anschluß daran gibt er sich den Anschein „demokratischer Gesinnung“, indem er ausführt, „damit alles mit rechten Dingen zugehe, damit nicht ein unfähiger, wenn auch der Erbfolge nach und, wie man angibt, „von Gottes Gnaden“ berufener Fürst den Staat gefährde, und damit eine untätige, willensarme Regierung nicht alles gehen lasse, so gut, so schlecht wie es eben gehen will“, müsse diesen ausübenden Gewalten eine dritte „von Volkes Gnaden“ zur Seite treten, mitberatend, mitbeschließend und mitverantwortlich. Bedingung sei, daß ein Wahlrecht gefunden werde, nach dem diese das Volk vertretende Gewalt aus den besten, urteilsfähigsten, redlichsten Männern des Volkes bestehe, die in Wahrheit die „Männer seines Vertrauens“ zu heißen verdienen.

Aber die Masse kann dabei für Professor Förster nicht in Betracht kommen; sie „siegt über den Geist“; die „unausgereifte, leidenschaftliche Jugend mit ihren idealen Vorstellungen siegt über das erfahrene, gereifte Alter“, und die „Mehrheit wirft alle Minderheiten zu Boden und bringt sie um ihr Recht“. Der Verfasser entrüstet sich über „das schamlose und aller guten Sitte hohnsprechende Treiben im Wahlkampfe“ und den „Sauherdenton“ im Reichstage.

„Unsinn“ und „Ungerechtigkeit“ ist ihm das bestehende Reichstagswahlsystem. Er will es, was konservative Politiker schon vor Jahrzehnten gefordert haben, ersetzt wissen durch eine Art ständischer Vertretung, über die er sich jedoch nicht näher ausläßt. Die „Führer der staatsnotwendigen, den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechenden Erwerbskreise oder Stände“ erachtet er als die „berufenen Vertreter des Volkes“; sie würden seiner Ansicht nach einen „echten und gültigen, allvölkischen Volksrat“, eine „wirkliche Volksaristokratie“, eine „Herrschaft der Edelsten“ bilden.

Wir haben früher schon öfter ähnlichen von konservativer und antisemitischer Seite gekommenen Vorschlägen gegenüber dargelegt, daß eine erwerbs- oder berufsständische Gliederung des Parlaments unmöglich zu vereinbaren ist mit dem Begriff Volkstum und Volksvertretung. Sie würde für das Volk, für die Massen der arbeitenden Klassen nicht minder nachteilig sein, als ein nach „Bildung und Besitz“ bemessenes Klassen- oder Zensuswahlsystem. Ein Parlament, das durch seine gesetzlich vorgeschriebene Zusammensetzung geradezu darauf angewiesen ist, seine Aufgabe in der Wahrung erwerbs- und berufsständischer Interessen zu sehen, kann niemals einem Volksinteresse genügen. Eine wirkliche Volksvertretung kann nicht herrschende Klassen- und Standesinteressen und ihre Gegensätze festlegen, sie muß versuchen, über diese Gegensätze hinweg zu der Herausgestaltung und Förderung eines einheitlichen Volksinteresses zu gelangen. Das Parlament, das Professor Förster erstrebt, hat zur Voraussetzung eine durchaus reaktionäre Organisation der Berufsstände, die nichts anderes als eine absurde Umformung des legislatorischen Klassenherrschaftssystems sein und die Arbeiterklasse ganz gewiß zu einem für die Gesetzgebung bedeutungslosen Faktor machen würde. Schon vor Jahren hat die „Kreuzzeitung“ gemeint, das Beste sei, den Landwirtschafts-, Handels-, Handwerker-, Arbeiter- und andern berufsständischen Kammern die Wahlen zum Reichstage zu überlassen. Ähnlich stellt wohl auch Professor Förster sich die Durchführung seines „Volksvertretungs“-Ideals vor; er meint, in solcher Volksvertretung werde es „Parteien im jetzigen Sinne nicht wohl geben“.

So sind Reaktionäre aller Schattierungen unaufhörlich bemüht, auf die Beseitigung des Reichstagswahlrechts hinzuwirken. Um so mehr muß die Sozialdemokratie bestrebt sein, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag zu befestigen und zu verbessern (wobei die Proportionalwahl wesentlich mit in Betracht kommt), sowie es für alle öffentlichen Wahlen im Reiche zur Geltung zu bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die für den Mittwoch in Aussicht genommenen namentlichen Abstimmungen hatten bewirkt, daß die Bänke des Hauses stärker als in den Tagen vorher gefüllt waren. Vor diesen Abstimmungen aber mußte zunächst die Debatte über die Mischehenfrage beendet werden. Die Gegner der Mischehen, die Redner der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, wußten nicht mehr viel Neues für ihren Standpunkt ins Treffen zu führen. Erzberger und unser Genosse David, die diesmal in gleicher Reihe standen, wußten die Scheingründe treffend zu widerlegen. David ließ es sich nicht entgehen, die Heuchelei des offiziellen Staatschristentums bei dieser Gelegenheit aufzudecken. 99 Prozent aller Mischlingskinder sind unehelich; ein Verbot der Mischlingsehen, die doch auch „im Himmel geschlossen“ sind, würde also nur bewirken, daß die 100 Prozent voll würden. Staatssekretär Dr. Solf tat das Klügste, was er tun konnte, er schwieg und ließ alle Angriffe unbeantwortet. Er hatte wohl eingesehen, daß es besser für ihn gewesen wäre, wenn er diese Klugheit des Schweigens schon vor einigen Tagen bewiesen hätte. Die Resolution

der Budgetkommission, die die Gültigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen Schutzgebieten sichergestellt wissen will, wurde mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen. Mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum stimmten auch einige Freisinnige, wie Gothein und Kerschensteiner, die sich zu der Brutalitätsphilosophie von der Herrenrasse noch nicht bekehrt haben.

Dann folgte die Abstimmung über die Änderungen der Geschäftsordnung. Alle Anträge der Geschäftsordnungskommission wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Konservativen vermochten mit ihren Anhängsel nur 67 Stimmen gegen 265 zur Verteidigung des angeblich bedrohten Kronrechts aufzubringen. Die neue Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Am Freitag sollen die kleinen Anfragen zum erstenmal beim Beginn der Sitzung gestellt werden, falls sie vorliegen. Die Frist für die Einbringung dieser Anfragen ist diesmal sehr karg bemessen. Sie mußten bis zum Schluß dieser Sitzung dem Bureau übergeben werden.

Hieran schloß sich die Abstimmung über die Frage der Mindeststärke einer Fraktion. Die Reichspartei erlitt, wie vorauszusehen war, eine völlige Niederlage. Ihr Versuch, wenigstens bis auf weiteres mit Hilfe der „Zugezählten" zur Fraktion zu werden, scheiterte mit 88 gegen 146 Stimmen. Freilich gelang es auch nicht unsern Proportionsantrag durchzusetzen.

Zum Schluß wurde der Etat des Reichsschatzamtes in Angriff genommen. Eine Resolution unserer Fraktion, die die Unstimmigkeiten und Härten bei der Einteilung der Ortsklassen baldigst beseitigt wünscht, wurde von Ebert mit einer warmherzigen Rede für die mittleren und unteren Beamten begründet und fand bei allen Parteien Zustimmung. Sie wurde denn auch schließlich beinahe einstimmig angenommen.

Genosse Molkenbuhr nahm dann Gelegenheit, die Schädigung der Tabakarbeiter durch die letzte Tabaksteuergesetzgebung und die Not der kleinen Tabakfabrikanten ziffernmäßig festzustellen.

Das ergiebige Thema der Veteranenbeihilfen wurde gestern nur angeschnitten und soll heute weiter besprochen werden. Von unserer Seite wird dazu Genosse Schöpflin sprechen.

Die Wahlprüfungskommission

setzte am Dienstag die Prüfung der Wahl des Abg. Kopsch (Liegnitz 5) fort. Es soll bei den betreffenden Behörden Auskunft darüber eingeholt werden, wann und aus welchen Gründen die Nachträge in den Wählerlisten erfolgt sind. Wenn weiter die im Protest behauptete Beeinflussung der Beamten und Arbeiter des Bahnhofs Greiffenberg durch den dortigen Bahnvorsteher tatsächlich erfolgt ist, wird die Majorität für Kopsch, die 107 Stimmen beträgt, erschüttert. Deshalb beschloß die Kommission einstimmig, den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen und Beweis zu erheben. — Wie schon berichtet wurde, haben die Protesterheber 17 Punkte des Protestes gegen die Wahl des Abgeordneten Pauli (Hagenow) zurückgezogen. Die Kommission verhandelte nun mehr als zwei Stunden über die Frage der Zulässigkeit der Zurückziehung einzelner Punkte oder auch des ganzen Protestes, nachdem darüber bereits Beschluß gefaßt worden ist. Wie der Referent berichtete, hat der Reichstag bisher über die Frage nur immer von Fall zu Fall und deshalb auch nicht einheitlich entschieden. Die Diskussion wurde schließlich auf die nächste Sitzung vertagt.

Wehrvorlage und Militäretat in der Budgetkommission.

Die Kommission beendete in der Mittwochsitzung die Beratung der Wehrvorlage. Für einen in Saarbrücken zu garnisonierenden Armeeinspektor wurden 15 300 Mk. Mietsentschädigung gefordert. Derart hohe Entschädigungen wurden lebhaft kritisiert und schließlich statt der geforderten 15 300 nur 12 000 Mk. bewilligt. Bei den Forderungen für Bauten für die neuen Truppenteile versuchte der konservative Abgeordnete Crahmer für seinen Wahlkreis Garnisonen zu erlangen, fiel mit diesem Versuch jedoch gründlich ab.

Bei der Beratung des Militäretats führte die Forderung, für zehn weitere Bezirkskommandos Obersten statt bisher Stabsoffiziere als Kommandeure zu bewilligen, zu einer lebhaften Aussprache. Der Kriegsminister begründete die Forderung damit, daß an diese Kommandostelle ehemalige Regimentskommandeure aus Gründen der Mobilmachung gestellt werden sollen, dann aber auch, um ältere und erfahrene Offiziere dort zu haben. Es müsse zugegeben werden, daß Bezirkskommandeure sehr oft daneben hauen; dem soll möglichst vorgebeugt werden, was durch die Berufung der erfahrenen Regimentskommandeure geschehen könne. Die Kommission ließ jedoch diese Gründe nicht gelten; sie strich fünf von den zehn geforderten Obersten. Klage wurde darüber geführt, daß Reservisten zum Dienst in den Bezirkskommandos einberufen werden, lediglich um Gestellungsbefehle von Haus zu Haus zu tragen. Die Verwaltung versprach, eine Änderung eintreten zu lassen. Zur Beschaffung von Naturalien (Brotgetreide, Hafer, Heu, Stroh) wurden 77 413 161 Mk. angefordert; 12 628 853 Mk. mehr als im Vorjahre. Nach der Ursache dieser enormen Ausgabeerhöhung befragt, erklärte die Militärverwaltung, die wesentlich gestiegenen Preise seien schuld an der Erhöhung der Ausgabe. Die Wucherzöllnerei kommt auch bei der Truppenverpflegung finanziell recht scharf zum Ausdruck. Empfohlen wurde, die Verwaltung solle in höherem Maße bei den landwirtschaftlichen Produzenten direkt einkaufen, statt sich der Händler zu bedienen, die höhere Preise fordern. — Die Weiterberatung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Abgeschüttelt.

Der Kapitän a. D. Persius spielt sich im „Berl. Tageblatt" immer als gewaltiger Marine-Sachverständiger auf, der sich in Forderungen zum weiteren Ausbau der Flotte nicht genug tun kann. In der letzten Zeit stellte er die Behauptung auf, daß die englischen und französischen Unterseeboote besser sind als die deutschen, und daß die dortigen Besatzungen besser mit den Booten umzugehen verstehen. Gegen diese Behauptungen wendet sich ein Artikel in der „Nordd. Allgem. Zeitung", der offenbar aus dem Reichs-Marineamt herrührt und in dem betont wird, „daß die Qualität unseres Unterseebootsmaterials demjenigen der anderen Nationen an Güte mindestens nicht nachsteht und daß die vorhandenen deutschen Unterseebootsbesatzungen gerade in letzter Zeit wieder Gelegenheit gehabt haben, zu zeigen, daß sie den an sie gestellten hohen Anforderungen im vollsten Maße entsprechen. Tatsache ist ferner, daß der im Jahre 1908 mit dem Charakter als Kapitän zur See verabschiedete Artikelschreiber niemals Gelegenheit gehabt hat, ein deutsches Unterseeboot zu betreten oder sich ein Urteil über die Güte des Materials und die Leistungsfähigkeit der Besatzungen zu bilden und daß er während seiner aktiven Dienstzeit niemals an einer Stelle beschäftigt worden ist, die ihm ermöglicht hätte, sich mit der Eigenart der Torpedowaffe und dem Dienstbetrieb in den Zentralstellen zu befassen."

Kriegspensionen für verunglückte Flieger.

Der Kriegsminister v. Heeringen kündigte am Dienstag in der Budgetkommission eine Abänderung des Militärpensionsgesetzes an. Die Mitglieder der militärischen Fliegerabteilungen erhalten dann, wenn sie im Flugdienst verunglücken, eine Entschädigung in der Art, als ob sie im Kriege verwundet worden wären. Büßt ein Militärflieger in Ausübung seines Dienstes das Leben ein, dann erhalten seine Hinterbliebenen die Kriegspension. Verheiratete Offiziere werden bei den Fliegerabteilungen nicht angestellt.

Verfassungsreform-Antrag in Württemberg.

Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags brachte am Dienstag einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Verfassung und das Landtagswahlgesetz dahin abgeändert werden, daß sämtliche Abgeordnete der Zweiten Kammer auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. — Der Antrag dürfte noch im Laufe dieser Tagung zur Beratung kommen.

Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege.

Bei Beratung des Gesetzentwurfs, der die Bezirksärzte zu voll besoldeten Beamten machen und den Schularztzwang in allen Gemeinden des Landes und allen Schulen einführen will, beantragten unsere Genossen im württembergischen Landtage, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den die Erziehungsberechtigten verpflichtet werden, die Maßregeln zu treffen, die zur Beseitigung der vom Schularzt bei den Kindern festgestellten Gesundheitsschädigungen erforderlich sind. In den Fällen, wo die Erziehungsberechtigten das nicht tun oder nicht tun können, sollen die Gemeinden die entsprechenden Maßregeln treffen. — Die Bekanntgabe dieses Antrages rief bei den Parteien der Rechten große Aufregung hervor. Genosse Dr. Lindemann begründete den Antrag mit einer großzügigen Rede über die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Heilung gesundheitlicher Schäden schon in der Jugend. Die Abstimmung über den Antrag wird am Mittwoch erfolgen.

Zur Stichwahl in Varel-Jever.

Alle Anstrengungen werden von nationalliberaler Seite ausgeübt, um zu verhindern, daß der 111. Sozialdemokrat in den Reichstag zieht. Am Dienstag hat sich auch die nationalliberale Reichstagsfraktion für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer ins Zeug gelegt und nachstehendes Telegramm abgesandt:

„Herrn Dr. Bartikowski, Varel (Oldenburg).

Für die bevorstehende Stichwahl können wir unsere dortigen Parteifreunde nur dringend bitten, alle etwa vorhandenen Gründe und Verstimmungen beiseite zu setzen und einmütig für Herrn Dr. Wiemer einzutreten. Möchte dieser Mahnruf in letzter Stunde nicht unbeachtet verhallen. Wir bitten um Veröffentlichung dieses Telegramms in der dortigen Presse und möglichste Verbreitung unter den dortigen Parteifreunden.

Der Vorstand der Nationalliberalen Reichstagsfraktion.
Bassermann. Prinz Carolath."

Ein ähnliches Telegramm sandte auch die preußische nationalmiserable Landtagsfraktion.

Diese Telegramme werden dazu beitragen, daß auf unserer Seite um so mehr dahin gearbeitet wird, den 111. Genossen doch in das Haus am Königsplatz zu bringen.

Sand in die Augen.

Das Zentrum hat von jeher die Taktik verfolgt, bei Heeres- und Marineforderungen Abstriche zu machen, um dadurch nach außen den Eindruck höchst gewissenhafter Prüfung und weiser Sparsamkeit zu erwecken. Die Abstriche waren allerdings immer so gehalten, daß die Regierung alles bekam, was sie ernstlich haben wollte. Diese Affenkomödie konnte man am Dienstag wieder einmal in der Budgetkommission des Reichstages erleben. In der neuen Heeresvorlage werden für sämtliche Infanterie-Regimenter je ein Oberstleutnant, ein weiterer Stabsoffizier und ein weiterer Hauptmann verlangt. Der Stabsoffizier wurde allerdings nur gefordert für die Regimenter, die drei Bataillone haben, wogegen die Oberstleutnants auch den Regimentern zu zwei Bataillonen zugewiesen werden sollten. Die Heeresverwaltung macht sich die Begründung solcher Forderungen außerordentlich leicht; wenn alle „Gründe" versagen, dann wird mit wichtiger Miene darauf hingewiesen, daß die neuen Stellen im Interesse der Mobilmachung eine Notwendigkeit seien. Der Hinweis auf die Mobilmachung ist das Zauberwort, das die bürgerlichen Parteien allen Ansprüchen der Regierung gefügig macht.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger wollte bei dieser Gelegenheit wieder einmal beweisen, welche Rücksicht das Zentrum auf den Geldbeutel der Steuerzahler nimmt; er beantragte nämlich, den für die Regimenter zu zwei Bataillonen geforderten Oberstleutnant zu streichen und dafür einen Major zu bewilligen. Die ganze Sparsamkeit will den gewaltigen Summen gegenüber, die für die neue Heeresvorlage bewilligt werden müssen, absolut nichts bedeuten. Man hatte den Eindruck, daß die Oberstleutnants für die kleinen Regimenter nur verlangt wurden, um die geforderten Offiziere für die großen Regimenter auf alle Fälle bewilligt zu bekommen. Die Oberstleutnants waren somit das Handelsobjekt, das die Heeresverwaltung dem Zentrum zugestand. Nach den Wünschen des Zentrums wurde dann auch verfahren, und die Zentrumspresse wird den Anlaß gewiß dazu benutzen, um in allen Tönen ein Loblied anzustimmen auf die Sparsamkeit des Zentrums, während es sich in Wirklichkeit nur darum dreht, den Steuerzahlern Sand in die Augen zu streuen.

Der Reichsverband im „Kampfe um die Jugend!"

Bei dem „Kampf um die Jugend", den seit einiger Zeit Regierung und bürgerliche Parteien mit so großem Eifer aufgenommen haben, darf natürlich auch der Reichsverband nicht fehlen. Eilt es doch, das hohe Ziel, die proletarische Jugend von der proletarischen Bewegung fernzuhalten! Und so hat denn die „Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie", die im vorigen Jahre bereits ein überaus törichtes und gehässiges Flugblatt gegen die freie Jugendbewegung in die Welt hinausgesandt hatte, nunmehr zu einem neuen „Schlage" gegen die ihr so verhaßten Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiterbewegung ausgeholt: unter dem schönen Titel „Auf zu froher Jugend" hat sie einen gewissen Herrn Friedrich Nonnemann eine Kampfschrift verfassen lassen, deren möglichst weite Verbreitung sie in Zirkularen an die bürgerliche Presse als „vaterländisches Verdienst" hinstellt, da „auf diesem Gebiete etwas Durchgreifendes geschehen muß, gegenüber der roten Wühlarbeit."

Die Schrift, die zur Massenagitation bestimmt ist, soll eine Art Antwort sein auf die prächtige kleine Flugschrift, „Gehörst Du zu uns, eine Anrede an einen jungen Arbeiter", die vor einiger Zeit unser Genosse Heinrich Schulz im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands veröffentlicht hat. Herr Nonnemann bemüht sich nach Kräften, die ausgezeichnete Wirkung dieser Schrift dadurch abzuschwächen, daß er in die Herzen der proletarischen Jugend die Ideale der Arbeiterfeinde zu pflanzen sucht, als da sind: Streikbruch, Muckertum, Mordspatriotismus und was dergleichen mehr ist. Zu diesem Zwecke macht Herr Nonnemann in nicht ungeschickter Weise Propaganda für „nationale" Jugendklubs, christliche Jünglingsvereine, Vereine junger Männer usw.

Der Eifer, mit dem sich neben anderen bürgerlichen Organisationen nun auch der Reichsverband bemüht, den Nachwuchs des Proletariats für die Zwecke des Klassenstaates einzufangen, muß für unsere Genossen ein Ansporn sein, nun erst recht mit aller Energie dafür zu wirken, daß die jugendliche Arbeiterschaft allen Unternehmungen der bürgerlichen „Jugendfreunde", mögen sie sich auch in ein noch so harmloses Gewand kleiden, ferngehalten, desto eifriger aber zugeführt wird den Veranstaltungen, die von unseren Jugendausschüssen arrangiert werden. Vor allen Dingen aber gehört unermüdliche Agitation für die „Arbeiter-Jugend", das ausgezeichnete Blatt der freien Jugendbewegung zu den wichtigsten Pflichten unserer Genossen. Und daß gerade auch die vorhin erwähnte Schrift des Genossen Schulz uns in diesem bedeutungsvollen „Kampfe um die Jugend" sehr wertvolle Dienste zu leisten vermag, das beweist nicht zum wenigsten der Zorn, den sie bei den Arbeiterfeinden erregt hat und für den die Nonnemannsche Gegenschrift ein zwar unfreiwilliges, aber desto beredteres Zeugnis ablegt.

Das neue Ausnahmegesetz gegen die Polen.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann Mittwoch die erste Lesung der Besitzbefestigungsvorlage des neuen Kampfgesetzes gegen die Polen und Dänen. Zwar mußte der Landwirtschaftsminister in seiner einleitenden Rede indirekt zugeben, daß die bisherige Polenpolitik Fiasko erlitten hat, weil das Polentum immer weiter vorgedrungen ist, aber trotzdem will die Regierung in den bisherigen Bahnen weiterschreiten. Das Gesetz richtet sich, wie aus den Worten des Ministers hervorgeht, gleichzeitig auch gegen die Sozialdemokratie. Die Stellung der Parteien war von vornherein bekannt. Konservative, Nationalliberale und Freikonservative stimmen der Vorlage unbedingt zu, ja sie wünschen sogar ihre Ausdehnung auch auf die Provinz Brandenburg. Befremden erregt nur die Haltung des Vertreters des Zentrums, der sich nicht etwa grundsätzlich, wie seine Freunde in früheren Jahren, gegen die Polenpolitik der Regierung ausspricht, sondern nur der Befürchtung darüber Ausdruck gibt, daß auch die Katholiken darunter leiden könnten. Gegen die Vorlage erklärten sich Polen, Fortschrittler und Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Borchardt scharfe Kritik an der Art übte, wie die Regierung auf Kosten der Steuerzahler germanisiert. Von den Gegnern der Vorlage wurden auch verfassungsrechtliche Bedenken zur Sprache gebracht. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorlage gegen die Reichsverfassung verstoße, die es jedem Deutschen erlaube, sich anzusiedeln, wo er wolle. Aber diese Einwände werden unbeachtet bleiben, die Vorlage, deren Beratung Donnerstag beendet werden soll, wird zweifellos der Budgetkommission überwiesen.

Italien.

Vom Krieg. Nach der Besetzung der Insel Rhodos siegen nach den vorliegenden Nachrichten die Italiener und die Türken um die Wette. Nach einer türkischen Meldung schlugen die Türken auf Rhodos die Italiener zurück und machten 1000 Gefangene. Die Italiener dementieren diese Meldung und berichten von über die Türken erfochtenen Siegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 9. Mai.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Gärtner befindet sich Stavenstraße 33.

Die Beiträge zum Bezirksmaifonds müssen abgeführt werden. Laut Beschluß der Parteitage von Nürnberg, Leipzig und Jena haben alle Parteigenossen, die am ersten Mai feiern und keine Lohneinbuße erleiden, ihren Tagesverdienst an den Maifonds abzugeben. Der letzte Parteitag in Jena verschärfte den Nürnberger Beschluß noch durch die Annahme des Hamburger Antrages 30, wonach gegen alle Mitglieder, die sich weigern, den Parteitagsbeschlüssen nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten ist. Nach den Vereinbarungen zwischen der Lübecker Partei-

organisation und den Gewerkschaften ist das Parteisekretariat zur Sammelstelle für den Maifonds bestimmt worden. Die Gelder müssen bis spätestens 8. Juni an den Genossen Bromme entrichtet werden.

Der Bürgerausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den in der Bürgerschaft angenommenen Antrag von Henk, den Senat zu ersuchen, die Diensträume oder Wohnungen aller stationierten Schutzleute mit Telephonanlagen zu versehen und in Erwägung zu ziehen, ob nicht das Institut der reitenden Schutzleute abgeschafft und diese durch stationierte Schutzleute ersetzt werden können, dem Senat zu überweisen. Bewilligt wurden zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Strandpromenade in Travemünde 3800 Mk., zur Herstellung eines Fachthafens am Privatufer in Travemünde 3300 Mk., zur Erbauung einer Obsthalle in der Nähe der Strandpromenade in Travemünde 1200 Mk., zur Erbauung eines Doppelhauses für Forstarbeiter in Israelsdorf 10 000 Mk., zur Einplanierung von Lagerplätzen auf der Wallhalbinsel 30 000 Mk. (ein größerer Lagerplatz ist bereits an die Firma Merkisch vermietet; nach den anderen macht sich ebenfalls eine Nachfrage bemerkbar), und zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Schlachthofe 44 600 Mk., sowie 2700 Mk. für eine Tierarztwohnung im Hause der Freibank.

Mit dem weiteren Ausbau der Eisenbahn von Lübeck nach Travemünde hatte sich gestern der Bürgerausschuß zu beschäftigen. Beabsichtigt ist, die Strecke von Waldhusen bis Travemünde zweigleisig auszubauen und auch weiter südlich zu verschieben, wodurch geringere Steigungen und Krümmungen erzielt würden. Die Gesamtkosten der Bauausführungen sind auf 700 000 Mk. veranschlagt; zu den Kosten einer Chausseeüberführung und einer Unterführung verlangt die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft einen Betrag von 58 000 Mk., für Erdarbeiten 3900 Mk. und als Entschädigung für die Gemeinde Ivendorf 3000 Mark, zusammen also 73 500 Mk. Auch verlangt die Bahn, daß ihr der erforderliche Staatsgrund unentgeltlich abgetreten wird. Der Bürgerausschuß lehnte die für den weiteren Ausbau der Strecke Lübeck—Travemünde von der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft geforderte Beihilfe von 73 500 Mk. wie die unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens ab und beschloß auf Antrag Dr. Wittern, an den Senat das Ersuchen zu richten, den Ausbau der Straßenbahn nach Travemünde in Erwägung zu ziehen. — Wenn man es einerseits auch begrüßen könnte, daß der nur auf ihren Vorteil bedachten Lübeck-Büchener Bahn wirksame Konkurrenz gemacht wird, so ist doch auch nicht zu verkennen, daß der Staat mit dem Bau der elektrischen Bahn nach Travemünde, die im wesentlichen wieder der wohlhabenden Bevölkerung zugute kommen würde, ein großes finanzielles Risiko übernimmt.

Die Ritter und „Krieger" gegen den Lübecker Konsumverein. Wie bereits von uns berichtet, haben die in der Nähe von Grevesmühlen hausenden Agrarier beschlossen, durch die Gründung eines Antikonsumvereins die Geschäftsleute und Handwerker sich dienstbar zu machen unter dem Vorwand, den Lübecker Konsumverein zu bekämpfen, der in Grevesmühlen eine Verkaufsstelle errichtet. Zur Unterstützung dieser volksfeindlichen, gegen die Interessen der Konsumenten gerichteten Aktion ist nunmehr auch der Krähwinkler Landsturm — pardon Grevesmühlener Kriegerverein — aufgeboten worden, der an seine Mitglieder unterm 3. Mai folgendes Rundschreiben erläßt:

„So wenig, wie wir einer Einmischung in den Streit um die Konsumvereine im allgemeinen das Wort reden wollen, so sehr müssen wir andererseits darauf dringen, daß unsere Kameraden sich an der in unserer Stadt errichteten Filiale des Lübecker Konsumvereins nicht beteiligen.

Nach den von uns angestellten Ermittelungen gehört der Lübecker Konsumverein zu denjenigen Konsumvereinen, die ausschließlich zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen bestimmt sind. Die Mitgliederschaft bei einem derartigen Verein ist mit den fundamentalsten Grundsätzen des Kriegervereinswesens schlechterdings nicht verträglich. Die sämtlichen militärischen Vereine der Stadt Lübeck haben denn auch von Anfang an gegen den von uns bekämpften Konsumverein Stellung genommen.

Sollten bereits Mitglieder des Vereins oder Familienangehörige von solchen dem Lübecker Konsumverein beigetreten sein, so sprechen wir hiermit die Erwartung aus, daß dieselben unverzüglich ihre Mitgliedschaft bei jenem Konsumverein zum nächstzulässigen Zeitpunkt aufkündigen.

Grevesmühlen, den 3. Mai 1912.

Der Vorstand
des Kriegervereins Grevesmühlen."

Es gehört schon eine ziemliche Unverfrorenheit und Übung in der negativen Wahrheitsliebe dazu, wenn der Vorstand des Kriegervereins behauptet, der Lübecker Konsumverein sei ausschließlich zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen bestimmt. Noch niemals ist ein dreisterer Schwindel in die Welt gesandt worden. Der Kriegervereinsvorstand weiß es ganz genau, daß in Deutschland schon durch Gesetz den Genossenschaften unmöglich gemacht ist, Parteipolitik zu treiben, wenn sie es etwa beabsichtigten. Aber sogar diese Absicht hat noch nirgend bestanden; ebensowenig beim Lübecker Konsumverein wie bei andern. Das Denunzieren und Verleumden gehört indessen wohl mit zu den Aufgaben der Kriegervereine, deren Hauptbestreben, die Arbeiterschaft an einer Verbesserung ihrer Lage zu hindern, ja auch durch die Bekämpfung der Konsumvereine so recht in die Erscheinung tritt. Sehr interessant ist es auch, daß die sämtlichen militärischen Vereine der Stadt Lübeck gegen den hiesigen Konsumverein Stellung genommen haben. Auf wessen Veranlassung wohl? Warum ist übrigens die Behörde noch nicht gegen den Konsumverein eingeschritten, wenn die Angaben der „Krieger" wahr wären? Schon die Tatsache, daß das nicht geschehen ist, sträft die kriegervereinlichen Denunziationen Lüge. Der Haß gegen die Arbeiter spricht aus der ganzen Aktion. Wo das Bestreben der Arbeiterschaft sich zeigt, Fortschritte auf wirtschaftlichen oder politischen Gebieten zu erreichen, da ertönt das Hurrageschrei der Kriegervereinsmacher, die sich dem entgegenstellen. Das schofle Vorgehen der Grevesmühlener Krieger gegen den Gedanken der Konsumgenossenschaftsbewegung wird übrigens ebenso wirkungslos bleiben, wie das der sämtlichen militärischen Vereine Lübecks. Die gesunde Entwicklung vermag eben auch der Krähwinkler Landsturm nicht aufzuhalten, selbst wenn er sich der vergifteten Waffen der Unehrlichkeit und Denunziation bedient.

Die zweibeinigen Tiere des Reichsverbandes im Lübecker Wahlkampfe vor Gericht. Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts Berlin I fand am Dienstag eine Berufungsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Genossen Richard Barth, statt. Er war wegen Beleidigung der Vorstandsmitglieder des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" am 29. Februar vom Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Als Privatkläger traten auf: Legationsrat a. D. Graf von Arnim-Muskau, Hauptritterschaftsdirektor und Kammerherr von Arnim-Züsedom, Landrat a. D. Burggraf zu Dohna-Königsberg, Wirkl. Geh. Rat von Dirksen, Handelskammersyndikus Hirsch-Essen a. Ruhr, Dr. Friedrich Lange-Groß-Lichterfelde, Generalleutnant z. D. v. Liebert, Landrat a. D. Rötger, Geh. Kommerzienrat Julius Vorster-Köln, Landgerichtsrat Wagner-Dresden und Geh. Baurat Wanckel-Altenburg. Den Anlaß zur Klage bot ein am 9. November v. J. veröffentlichter kurzer Artikel über den Wahlkampf in Lübeck. Der Reichsverband, dem kein Mittel zu schlecht ist, wenn es im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Verwendung finden kann und dem es auf eine Handvoll Unwahrheiten garnicht ankommt, wenn sie nur eine Wirkung gegen die Sozialdemokratie versprechen, ist bekanntlich sehr empfindlich, wenn die von ihm Verunglimpften sich mit scharfen Worten wehren. In diesem Falle haben es dem klagenden Vorstande zwei Sätze des in Frage kommenden Artikels angetan. In dem einen Satz heißt es, der berüchtigte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie habe schon im Wahlkampf 1907 auch in Lübeck den Gipfel der Niedertracht zu erreichen versucht. Der andere Satz lautet: „Im Fürstentum Lübeck hoffen die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf ebenfalls durch die Mitwirkung des Reichsverbandes vergiften zu können." Das Schöffengericht hatte den Schutz des § 193 St.-G.-B. zugebilligt, aber den Ausdruck „Gipfel der Niederträchtigkeit" als beabsichtigte Beleidigung erachtet. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld machte geltend, daß der Angeklagte mit diesem ihm aus Lübeck zugesandten Artikel nur einen Akt der Abwehr gegen die fortgesetzt erfolgenden Angriffe des Reichsverbandes vorgenommen habe. Er verwies darauf, daß ein Flugblatt des Reichsverbandes in Lübeck 1907 die schon wer weiß wie oft widerlegte Lüge verbreitete, der alte Liebknecht habe im „Volksstaat" die Soldaten, welche aus dem Kriege von 1870/71 heimkehrten, als zweibeinige Tiere in Uniform bezeichnet. Nachdem diese Behauptung durch ein sozialdemokratisches Flugblatt als Lüge nachgewiesen war, hat sie der Reichsverband aufs neue verbreitet, in etwas abgeschwächter Form zwar, aber doch so, daß die Leser annehmen mußten, der alte Liebknecht habe die Soldaten schlechtweg als zweibeinige Tiere in Uniform beschimpft. Da dem Verfasser dieses Flugblattes der authentische Wortlaut jener ganz anders lautenden Äußerung Liebknechts bekannt war, so habe er also wider besseres Wissen die Unwahrheit verbreitet. Die Bezeichnung, die der „Vorwärts" für diese Kampfesweise wählte, sei demnach durchaus berechtigt. Im übrigen sei klar, daß in dem inkriminierten Artikel nur der Vorstand der Lübecker Gruppe des Reichsverbandes getroffen werden sollte und daß dem Angeklagten Milderungsgründe zur Seite stehen, da der Artikel in der Hitze des Wahlkampfes geschrieben sei. — Rechtsanwalt Fiebig beantragte die Verwerfung der Berufung. Der Reichsverband habe in gutem Glauben gehandelt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Privatkläger beleidigt seien, daß aber der Reichsverband den verstorbenen Abgeordneten Liebknecht nicht richtig zitiert und damit dem Angeklagten das Recht gegeben habe, die offenbar unwahre Darstellung des Sachverhalts durch den Reichsverband scharf zurückzuweisen. Bei dieser Sachlage erschien dem Gericht eine Freiheitsstrafe nicht am Platze zu sein. Es hob das erste Urteil auf und erkannte auf 70 Mark Geldstrafe. Den Klägern ist damit attestiert, daß sie offenbare Unwahrheiten verbreitet haben. Dafür, daß die Kläger so fahrlässig vorgingen, daß ihnen die Wahrheit verborgen blieb und sie eine freche Lüge als Wahrheit erachteten, den Beklagten zu bestrafen, mag formales Recht sein: moralisch sind die Kläger verurteilt.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat April 1912. Befördert sind: 1912: 798 278 Personen, 1911: 592 099 Personen, + 206 179 Personen. Eingenommen sind: 1912: 84 349,15 Mk., 1911: 59 084,65 Mk., + 25 264,50 Mk.

Konkurseröffnung. Ueber das Vermögen des Friseurs K. E. Wittenberg in Lübeck, Lindenstraße 68a, ist am 8. Mai 1912, nachmittags 12¼ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Jacobsohn in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Ballon-Zielfahrt des Lübecker Vereins für Luftfahrt. Am kommenden Sonntage veranstaltet der Lübecker Verein für Luftfahrt vom Füllplatze unterhalb der Charlottenstraße aus eine Ballon-Zielfahrt, an welcher sich voraussichtlich 6 Ballone beteiligen werden. Es sind folgende Ballone gemeldet: „Lübeck" 1400 Kubikmeter, „Bremen" 1200 Kubikmeter, „Bürgermeister Mönckeberg" 1200 Kubikmeter, „Pelikan" 930 Kubikmeter, „Münsterland" 1200 Kubikmeter, „Ilse" 600 Kubikmeter. Die Füllung der Ballons wird im Laufe des Vormittags erfolgen, während der gemeinsame Aufstieg etwa um 12 Uhr stattfinden wird. Das Ziel wird, der Windrichtung entsprechend, festgesetzt und in einer Entfernung von etwa 100 Kilometern von Lübeck liegen. Die beiden Ballons, welche am nächsten beim Ziel landen, erhalten wertvolle Preise. Die Mitfahrer der siegenden Ballone erhalten je einen Erinnerungspreis und können Damen und Herren, welche sich an einer Fahrt in einem der Ballone beteiligen wollen, ihre Meldung beim Vorsitzenden des Fahrtenausschusses, Herrn Johs. F. J. Möller, Israelsdorfer Allee 13a, bewirken. Ebendaselbst wird die Anmeldung hiesiger Automobilbesitzer erbeten, welche die Ballons zu begleiten bereit sind. Diese großsportliche Veranstaltung dürfte sicherlich das weitgehendste Interesse der Lübecker Bevölkerung finden.

pb. **Festgenommen** wurde ein Kellner aus Itzehoe, der sich des Diebstahls eines Sparkassenbuches schuldig gemacht hat. Von dem Gelde hatte er bereits 30 Mk. abgehoben.

pb. **Einbruch.** In der Nacht zum Mittwoch dem 8. ds. Mts. sind einem Kaufmann in der Fackenburger Allee durch Einbruch aus dem Laden folgende Sachen gestohlen worden: 4 Stücke schlicht schwarz Satintuch, je 15—20 m, 2 Stücke schlicht schwarz Satintuch ca. 6 m, 1 Stück braun Satintuch ca. 20 m, 1 Stück braun Satintuch ca. 15 m, 3 Stücke braun Cheviottuch ca. 10, 15 u. 20 m, 1 Stück Hemdentuch ca. 90 m in gelbem Papier, 1 Stück Hemdentuch ca. 50 m in blauem Papier, 4—6 schwarze Herrenjackettanzüge.

pb. **Einbruch in Gadebusch.** In letzter Nacht sind in Gadebusch mittels Einbruchs 72 Damen- und Herrenuhren und 70 Ringe im Werte von 2000 Mk. gestohlen.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 10. Mai, abends 6—7 Uhr.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Mittwoch abend besiegte Gambier (Frankreich) den Berliner Gebhardt in 17 Minuten. Mamutow und van Andree kämpften 20 Minuten ohne Resultat. Der Stichentscheidungskampf Mamutow-Reglin findet Freitag abend 10 Uhr statt. Donnerstag ringen: Petitjean-Reglin, Entscheidungskampf Gambier-van Andree, Entscheidungskampf Mamutow-Gebhardt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Es sind so viele Anfragen an das Theaterbureau ergangen, warum ein so interessantes Stück wie „Hoffnung auf Segen" nicht auch dem Abonnenten-Publikum geboten wird, daß sich die Direktion entschlossen hat, am Freitag, dem 10. Mai, „Hoffnung auf Segen" noch einmal auf den Spielplan zu setzen.

Neumünster. Der Textilarbeiterstreik beendet. In einer Mittwoch stattgefundenen Versammlung wurde mit 74 gegen 92 Stimmen beschlossen, die Arbeit bei der Firma Hansen Söhne u. Brechenfeld wieder aufzunehmen. Zur Fortführung des Streiks wäre Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Die ausgesperrten Arbeiter werden voraussichtlich in den nächsten Tagen wieder eingestellt.

Boizenburg. Erfolgreich beendeter Schiffsbauerstreik. Die Schiffsbauarbeiter der Firma Lemm in Boizenburg a. Elbe hatten bekanntlich wegen Aufbesserung ihrer Löhne die Arbeit eingestellt. Nach 2½wöchentlichem Streik ist ein Tarif mit dem Metallarbeiterverband abgeschlossen worden, der Mindest- und Einstellungslöhne vorsieht; innerhalb der dreijährigen Tarifdauer tritt eine Steigerung der Stundenlöhne um 3 Pfg. ein. Ferner ist die Überstundenbezahlung geregelt und die Bezahlung bei Havariearbeit auf der Elbe. Die Lohnsätze für ungelernte Arbeiter steigen von 35 auf 38 Pfg., für Schirrmeister von 38 auf 41, für gelernte Schlosser usw. von 44 auf 47 Pfennig. Der Lohn der Heizer von 3,40 Mk. auf 3,70 Mk. pro Tag.

Rostock. Wie es hinter den Kulissen zugeht, beweist auch dieser Vorgang: Für die Landesuniversität wurde ein dritter Archivar gesucht und demzufolge eine Ausschreibung erlassen. Die eingelaufenen Bewerbungen gefielen aber aus irgendeinem Grunde dem betreffenden Ministerialbeamten in Schwerin nicht. Deshalb ließ er unter der Hand dem 2. Archivar der Stadt Rostock nahe legen, sich — nachträglich — um die Stelle bei der Landesuniversität zu bewerben! Dieser Rostocker Archivar benutzte den Schweriner Wink nun flugs dazu, bei dem Rostocker Magistrat eine Gehaltsaufbesserung für sich zu verlangen mit dem Hinweis darauf, daß er im Falle der Ablehnung sich um die Universitätsstelle bewerben würde. Nun hatte der Rostocker Magistrat erst vor wenigen Wochen in einer Vorlage über Neuregelung der Beamtengehälter schwarz auf weiß ausgeführt, „daß die Stadt für ihre Archivangestellten nicht wohl höhere Aufwendungen machen darf." Trotzdem verlangte jetzt plötzlich der Magistrat von der Bürgervertretung, sie sollte dem 2. Archivar das Gehalt in der verlangten Weise aufbessern! Bloß, weil der Betreffende sich anderwärts bewerben würde, was doch noch lange nicht heißt, daß seine Bewerbung auch Erfolg hat! Aber diese Methode, auf solche Art für sich das Gehalt hinaufzutreiben, ist in Rostock durchaus keine Seltenheit. Sitzen doch im Rostocker Magistrat selbst Mitglieder, die dieses System handhabten. Einige Male mißlang diese Methode freilich auch, d. h. die Bürgervertretung biß nicht an, sondern lehnte die Bewilligung ab. Diesmal aber ging sie darauf ein! In geheimer Sitzung bewilligte sie dem 2. Stadtarchivar das verlangte erhöhte Gehalt, obwohl eine Kommission einstimmig die Ablehnung empfohlen hatte.

Kuxhaven. Schiffsstrandung. Der dänische Motorkutter „E 1", Kapitän Nielsen, ist auf Vogelsand gestrandet und auseinandergebrochen. Mit ihrem Beiboot rettete sich die aus 5 Personen bestehende Bemannung und landete hier gestern abend.

Wilhelmshaven. Dem Schreckensurteil, über das wir kürzlich berichteten, liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die beiden zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Angeklagten trafen am 23. März d. J. in angeheitertem Zustande in der Grenzstraße in Rüstringen den Obermaschinistenmaaten Damm mit seiner Braut. B. glaubte in dem Mädchen eine Bekannte zu sehen, faßte sie am Arm und redete sie mit den Worten: „Da bist Du ja, Kleine!" an. Der Obermaat verbat sich dies, worauf ihm von B. geantwortet wurde: „Tu man nicht so, wir kennen uns schon!" Der Obermaat nahm dem Zudringlichen darauf die Mütze vom Kopf und forderte ihn auf, mit nach der Laterne zu gehen, um den Namen feststellen zu können. Inzwischen hatten die Begleiter der beiden Angeklagten den Unteroffizier umringt und versuchten ihm die Mütze zu entreißen. Dieser überließ den auf ihn Eindringenden die Mütze, nahm aber rasch dem Heizer Thomas die seine ab und flüchtete. Die beiden Angeklagten bestreiten, den Unteroffizier erkannt zu haben. Es handelt sich also tatsächlich um eine Bagatellsache, um eine Affäre, wegen derer ein bürgerliches Gericht sicher keinen Finger rühren würde. Aber die militärische Disziplin ist eben ein so absonderliches Ding, sie ist von einer so mimosenhaften Empfindlichkeit, daß selbst die kleinsten Disziplinarvergehen, und seien sie auch in der Trunkenheit begangen, als Staatsverbrechen angesehen werden. Wie außerordentlich scharf in dieser Beziehung die Bestimmungen des Militärgesetzes sind, ergibt sich daraus, daß das Kriegsgericht in den hier vorliegenden Fällen auf die Mindeststrafen erkannt hat. — Ein Geistlicher vor Gericht. Wegen schwerer Beleidigung verurteilte das Schöffengericht in Wilhelmshaven den Pastor Rodiek aus Rüstringen zu 200 Mk. Geldstrafe, evtl. 20 Tage Gefängnis. R. hatte in Wilhelmshavener Blättern in einem „Eingesandt" schwere Angriffe erhoben gegen einen Offizier und drei Offiziersdamen, weil diese während eines Begräbnisses auf dem an den Kirchhof stoßenden Spielplatz das Tennisspiel fortgesetzt hatten. Die Behauptung war richtig, doch wurde vor Gericht festgestellt, daß nach Lage des Platzes die Tennisspieler von dem Begräbnis nichts gehört haben konnten.

Stade. Selbstmord eines Kindes. In Krummendeich, Kreis Kehdingen, erhängte sich der elfjährige Heinrich Tiedje. Der Knabe, der bei Verwandten in Pflege war, hatte bei Besorgungen kleinere Geldbeträge zurückbehalten und vernascht. Als er deswegen zur Rede gestellt werden sollte, ging er nach dem Schweinestall und erhängte sich dort.

Bremerhaven. Zur beendeten Mai-Aussperrung auf den Werften der Unterweser berichtet die „Norddeutsche Volksstimme": Eine allgemeine Versammlung der Vertrauensleute der freien Gewerkschaften der Unterweserorte nahm am 3. Mai Stellung zu der dreitägigen Aussperrung, die der Arbeitgeberverband über die Arbeiter, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben, verhängt hat. Die Werften schützten bisher stets eilige Aufträge vor, wenn sie Woche für Woche überstunden verlangten. Die dreitägige Aussperrung beweist jedoch, daß die Aufträge gar nicht so eilig sein können. Deshalb beschloß die Versammlung, in allen Betrieben, wo die Aussperrung durchgeführt worden ist, bis zum 1. August ds. Js. überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verweigern. — Im technischen Betrieb des Norddeutschen Lloyd waren nur die Kesselschmiede drei Tage ausgesperrt. Eine Versammlung der Kesselschmiede des Lloyd beschloß, ebenfalls bis auf weiteres Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verweigern.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Transportarbeiter.

Vorstandssitzung
Freitag 8½ Uhr. (229

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, insbesondere Herrn Pastor Marth für die trostreichen Worte und dem Deutschen Transportarbeiterverband unsern herzlichen Dank.

C. Reuter und Frau
222) nebst Kinder.

Für die vielen Gratulationen zu unserer Silberhochzeit danken herzlich. (223

Wendelborn und Frau.

Zwei Zwei-Stuben-Wohnungen mit Zubehör an Leute ohne Kinder zum 1. Juli zu verm. Preis M. 140.
221) Georgstraße 16.

Gesucht zu sofort (231

ein junger Hausbursche

Fleischhauerstraße 31, part.

---

6 Stück 2-Familien-Häuser a 3 Zim. inkl. Stall u. Gart., 10 Min. v. d. Endst. der el. Bahn, bei ger. Anz. zu verk. **C. & H. Dechau,** Moislinger Allee 141. (219

Verband der

Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, 10. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Vorständekonferenz.
3. Bericht von der Konferenz der Distriktsleitungen.
4. Verschiedenes. (224

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Ein fast neuer grüner **Kachelofen** billig zu verkaufen
230) Friedenstraße 84.

Durch Zufall ein fast neues zweischläfiges **Bett** billig zu verkaufen
232) Schildstraße 5.

Bruteier von präm. schwarzen Lanshan, sowie gelbe und rebhuhnfarb. Italiener billig
220) Friedenstr. 69, I.

(227 **Magn.-bon.-Eßkartoffeln**
100 Pfd. 4.50 Mk., 10 Pfd. 50 Pf.
lange rote, lange gelbe, runde gelbe und blaue Eierkartoffeln empfiehlt
C. Prestin, Fleischhauerstraße 60.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
3) Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	**2.20**—6.45
Maurerhosen . .	**2.60**—6.75
Schlosserhosen .	**1.88**—5.25
Überziehhosen . .	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . .	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Schwartau.

Große öffentliche

Bauarbeiter-Versammlung

am Freitag, 10. Mai,
abends 8 Uhr
in Süfkes Gasth. zu Rensefeld.
Referent: **Hugo Kober,** Hamburg.

Es sind alle auf den Bauten beschäftigten organisierten und unorganisierten Arbeiter eingeladen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
191) **Der Vorstand.**

(217

Kürschners
Deutscher Reichstag von 1912

mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
und deren **Kolporteure.**

„DEHAZET"

Garantiert rein
Deutsche Honigarten
in Zusammenstellung mit Raffinade.

Erhältlich in allen Geschäften der Nahrungsmittel-Branche
97

Die Sozialdemokratie
u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung abgeholt werden.

Preis 1 Mark.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

der Zentral-Krankenkasse
Grundstein
am Freitag, 10. Mai
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal
2. Verschiedenes.

218) **Der Vorstand.**

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß für das III. Quartal 1912 der vierzehnte Wochenbeitrag erhoben wird bis auf weiteres.

Kalnbergs

Universum.
Variété und Kabarett.
Heute 8¼ Uhr:
20 Programmnummern.
Entree: 20 Pfg. (225

HANSA THEATER
Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610

Freitag:
Entscheidungskampf:
M. Schwarz gegen **van Andres**
(Mstr. v. Nordd.) (Champ. v. Holl.)
Entscheidungs-Stichkampf:
Reglin gegen **Mamutow**
(Lübeck) (Rußland)

Die Disqualifikation des Russen Mamutow bei dem Kampf mit Reglin ist aufgehoben worden; Mamutow hat sich verpflichtet, bei dem Kampf keinerlei unerlaubte Griffe zu machen, widrigenfalls er jedes Anrecht auf die Preise verliert.

Es muß bis zur absoluten Entscheidung gekämpft werden.

Vor den Ringkämpfen:
Boxkampf-Demonstration.
Petitjean gegen **Gambier**
(Hannover) (Frankreich)
Vorher das **Variete-Programm.**
Anfang 8½ Uhr. (226

Neues Stadttheater.

Freitag, 10. Mai. Abends 8 Uhr.
196. Vorstellung im Voll-Abonnem.
32. Vorstellung im Freitag-Abonn.
Auf vielfachen Wunsch!

Die Hoffnung auf Segen.
Drama aus dem Seemannsleben von Heijermans. (228

Sonnabend, 11. Mai. Abds. 6½ Uhr.
197. Vrst. i. Voll-Ab. 18. Vrst. i. Sb.-Ab.

3. Festspielabend.

Die Meistersinger von Nürnberg
Oper in 3 Akten von R. Wagner.
Dirigent: **Dr. Hans Pfitzner.**

Hans Sachs Walter Soomer a. G.
Veit Pogner Rudolf Moest a. G.
Walther von Stolzing Karl Erb a. G.
David . . . . Eugen Albert a. G.
Eva Elisab. Böhm van Endert a. G.
Magdalena Louise Buers-Marck a. G.

Mein Meister hat doch recht!

Ernst Langbehns
Schuhwarenhaus
32 Geverdesstraße 32
hat doch eine sehr große Auswahl
in Schuhwaren jeder Art und Preislage.
Für jeden Fuß paßgerechte Formen.
Die ersten Modeneuheiten
sind eingetroffen!
Reparaturen machen wir, die sich gewaschen haben!!! (54

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerium in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder".** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 108. Donnerstag, den 9. Mai 1912. 19. Jahrg.

Lebensverlängerung und konservativer Schwindel.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß auch in Deutschland, wie in andern Kulturstaaten, die Geburtenziffer zurückgeht, besonders in den Großstädten. Trotzdem ist die Bevölkerungszunahme nicht geringer als früher, sondern im Gegenteil stärker, weil die Sterblichkeitsziffer eben noch erheblicher zurückgeht als die Geburtenziffer. In den Jahren 1872 bis 1880 (das Jahr 1871 muß als anormales Kriegsjahr außer Betracht bleiben) kamen auf 1000 Einwohner in Deutschland 41,1 Geburten und 28,5 Sterbefälle, so daß sich ein Überschuß der Geborenen gegenüber den Verstorbenen um 12,6 pro Tausend ergab; in den Jahren 1901 bis 1910 war die Geburtsziffer 34, die Sterbeziffer 18,7, also der Geburtenüberschuß 15,3 pro Tausend. Daraus ergibt sich dann statistisch auch eine längere durchschnittliche Lebensdauer. Im Jahrzehnt 1871 bis 1880 stellte sich die mittlere Lebensdauer für Männer auf 35,58 Jahre, für Frauen auf 38,45 Jahre; im Jahrzehnt 1891 bis 1900 dagegen auf 40,56 und 43,57 Jahre.

Wodurch sind nun diese Änderungen herbeigeführt? Der Rückgang der Geburtenziffer hat allgemeine soziale Ursachen, die zu erörtern hier zu weit führen würde. Der Rückgang der Sterbeziffer ist vor allem eine Errungenschaft der Kultur. In erster Linie wirkt hier die Herabminderung der Säuglingssterblichkeit ein. Das ist eine Erscheinung, die im direkten Zusammenhang mit der verminderten Geburtenziffer steht: es werden weniger Kinder geboren, aber die Pflege der Neugeborenen ist um so größer. Dabei haben die medizinische Wissenschaft und die Hygiene gerade hier enorme Verdienste aufzuweisen, denn nicht nur gelingt es den Ärzten, Tausende von Säuglingen am Leben zu erhalten, sondern es ist hier gelungen, durch verschiedene Mittel die Erkrankungen zu vermeiden. Auf die Verminderung der Sterblichkeit der Säuglinge, als auch der Kinder und der Erwachsenen wirkt aber vor allem ein die Verbesserung der hygienischen Bedingungen, vor allem in den Städten. Kanalisation, Versorgung mit gutem Trinkwasser, dann bessere Organisation der ärztlichen Hilfe durch Krankenhäuser und Krankenversicherung waren die Hauptfaktoren, denen wir dieses Resultat verdanken. In zweiter Linie kommt hinzu der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft, die auf dem Gebiete der Bekämpfung der Infektionskrankheiten gerade in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte gemacht hat.

Über diese Dinge leitartikelt nun ein Herr Schneider in der „Kreuzzeitung". Er kann es sich nicht verkneifen, auch bei dieser Gelegenheit der Sozialdemokratie eins auszuwischen, indem er behauptet, diese Tatsachen beweisen, daß „die sogenannte Verelendungstheorie nichts ist, als sozialistischer Schwindel".

Nun, die Verelendungstheorie bleibt so lange in Kraft, als die Summe an materiellen Gütern, die die Arbeit schafft, in immer steigendem Maße den Kapitalisten, aber nicht den Arbeitern zufließt. Selbst wenn die Lage der arbeitenden Massen, absolut genommen, sich hebt, so ist die relative Verelendung vorhanden, wenn der Anteil der Arbeit am Arbeitsprodukt sinkt, dagegen der Anteil der Kapitalistenklasse steigt. Was aber die Besserung der hygienischen Bedingungen anbetrifft, unter denen die Arbeitermassen in den Großstädten leben, so hat es damit seine Richtigkeit, nur ist das in erster Linie dem Umstande zu danken, daß diese Arbeitermassen unter der Führung der Sozialdemokratie es dahin gebracht haben, daß sie immerhin einigen politischen Einfluß ausüben und die herrschenden Klassen zwingen, ihre Forderungen wenigstens zu einem kleinen Teile zu verwirklichen. Ohne die schonungslose Kritik der Arbeiterpresse, ohne den Kampf der sozialdemokratischen Kommunalvertreter für die Interessen der Allgemeinheit wären die Städte Deutschlands noch nicht halb so weit. Dabei sind es aber stets die Konservativen, die sich auch hier jedem Fortschritt entgegenstemmen. Nur ein Beispiel, das aber Bände spricht: als der Pionier der modernen Hygiene, Pettenkofer, darauf drang, daß München Kanalisation und Versorgung mit Quellwasser haben müsse, setzten die konservativen „Stadtväter" seinen Plänen wütenden Widerstand entgegen; erst als dieses konservative Regime gebrochen war, nicht zuletzt dank der Arbeiterschaft, wurde München saniert, und die Folge war, daß der Typhus, der hier herrschte, verschwand und die Säuglingssterblichkeit mit einem gewaltigen Ruck zurückging.

Also die Konservativen sollten wahrhaftig dieses Thema meiden. Heute liegen die Dinge so, daß die Unterernährung der Bevölkerung die Ursache zahlloser Krankheiten ist. Der Tod hält um so reichere Ernte, je weniger die Menschen infolge schlechter Ernährung den Krankheiten Widerstand leisten. Wer die Lebensmittel des Volkes künstlich verteuert, der ist der Schrittmacher des Todes.

Das Volksschulwesen in Preußen.

Nach der amtlichen Statistik hatte Preußen am 1. Mai 1911 38 684 öffentliche Volksschulen mit 128 643 Schulklassen, in welchen 117 164 Lehrkräfte 6 572 074 Schulkinder unterrichteten. Es entfallen demnach auf eine Klasse rund 51 Kinder. Im Jahre 1891 betrug die Zahl der öffentlichen Volksschulen in Preußen 36 756 mit 82 746 Schulklassen, 90 208 Lehrkräften und 4 916 476 Schulkindern. Die Durchschnittszahl der Kinder in den einzelnen Klassen ist also in den letzten 10 Jahren etwas zurückgegangen und zwar von rund 60 Kindern vor 10 Jahren auf 51. Von den 6 572 074 Schulkindern waren 3 294 458 Knaben und 3 277 616 Mädchen. Außer in den öffentlichen Volksschulen wurden in Preußen im Jahre 1911 noch 8498 Schulkinder in 263 Privatschulen, die das Lehrziel einer Volksschule hatten, von 553 Lehrkräften unterrichtet.

In den Städten wurden unterrichtet 13 706 Kinder in 394 einklassigen, 4316 Kinder in 59 Halbtags-, 20 520 Kinder in 223 zweiklassigen, 11 619 Kinder in 95 dreiklassigen Schulen mit 2 Lehrkräften und 2 496 659 Kinder in 4354 drei- und mehrklassigen Schulen; auf dem Lande: 647 441 Kinder in 13 152 einklassigen, 522 584 Kinder in 6593 Halbtags-, 418 299 Kinder in 3884 zweiklassigen, 566 554 Kinder in 4095 dreiklassigen Schulen mit 2 Lehrkräften, 1 870 376 Kinder in 5835 drei- und mehrklassigen Schulen.

Am traurigsten sieht es im Volksschulwesen offenbar in der Provinz Schlesien aus. Dort werden auf dem Lande noch 127 963 Schulkinder in 1805 Halbtagsschulen unterrichtet, während in den Städten Schlesiens noch 1845 Kinder sich mit Halbtagsunterricht in 26 Schulen begnügen müssen. Die meisten einklassigen Schulen weist jedoch die Provinz Hannover auf (1695 Schulen mit 80 015 Kindern), dann folgen Ostpreußen (1641 mit 90 381 Kindern), Rheinprovinz (1599 mit 84 928 Kindern), Pommern (1345 mit 63 500 Kindern), Brandenburg (1154 mit 49 039 Kindern), Sachsen (1123 mit 49 606 Kindern), Westpreußen (1003 mit 65 001 Kindern).

Man sieht an vorstehenden Zahlen, wieviel es noch im Volksschulwesen Preußens zu reformieren gibt, ehe wenigstens die günstigen Zahlen, welche das höhere Schulwesen aufweist, erreicht sind. In den höheren Schulen entfallen auf einen Lehrer durchschnittlich 18 Schüler, und in den Vorschulen 36—37 Schüler. Preußen hatte im Jahre 1911 845 höhere Lehranstalten, an welchen 13 192 Lehrer 232 692 Schüler unterrichteten. Außerdem unterrichteten an diesen Lehranstalten 916 Vorschullehrer 34 442 Vorschüler. Tief bedauerlich erscheinen aber obige Zahlen über das Volksschulwesen, wenn man die Zahl der Unteroffiziere zu den Gemeinen im Heereswesen zum Vergleich heranzieht. Nach dem Heeresetat von 1911 hatte das deutsche Heer 86 442 Unteroffiziere und 507 253 Gemeine. Es kommt also beim Heer auf weniger als sechs Mann ein Unteroffizier.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 8. Mai 1912.

56. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Mischehen-Frage.

Erzberger (Z.): Was der Staatssekretär in seiner Rede vertreten hat, und was der Antrag Dr. Braband will, heißt das Roß am Schwanz aufzäumen. Man will keine Mischlinge und verbietet die Misch-Ehen. Dabei steht fest, daß 99 Prozent der Mischlinge aus dem Konkubinat von Weißen und Schwarzen stammen. Wo bleibt die Logik? Da müßte man viel eher Maßnahmen gegen den außerehelichen Geschlechtsverkehr treffen. Davon habe ich aber bisher nichts gehört. Möge der Staatssekretär doch gegen seine Beamten, die sich mit Schwarzen abgeben, ebenso streng vorgehen, wie es England tut, das solche Beamten entläßt oder versetzt. In erster Linie sollten verheiratete Beamte in die Kolonien geschickt werden, das ist viel wirksamer als ein Verbot der Ehe zwischen Weißen und Schwarzen. Eine Ehe zu verbieten, ist eine Brutalität ersten Ranges. Es ist das Naturrecht jedes Menschen, sich so zu verehelichen, wie er es für richtig hält. Samoa ist ganz christlich. Sie verbieten also die Ehe zwischen Christen. Das ganze ist ein bloßer Lufthieb, denn die Trauung kann in jeder fremden Nachbarkolonie vollzogen werden und hat dann Gültigkeit auch für die deutschen Kolonien. Ich kann Sie nur bitten, an dem Beschluß der Budgetkommission festzuhalten. (Bravo! i. Ztr.)

v. Böhlendorff-Kölpin (Kons.): Wir legen den Hauptwert auf die Erziehung der Beamten, damit sie mit gutem Beispiel vorangehen.

v. Richthofen (Natl.): Durch das Verbot der Mischehen wollen wir das Rassegefühl der Weißen stärken, dann wird auch der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Schwarzen aufhören. (Lachen im Zentrum und bei den Soz.)

Dr. David (SD.): Der Versuch der Konservativen, ihre Haltung mit dem Christentum in Einklang zu bringen, ist gänzlich mißlungen. Wenn Sie auf dem Standpunkt der

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und trotzdem waren diese trostlosen und eisigen Briefe doch das liebste, was die Mutter hatte, ihre Tränen wurden nur gestillt, wenn sie dieselben las, sie fand in der Erwartung dieser Briefe, zitternd beim Erblicken des geöffneten Kuverts, den Mut, noch zu leben und den äußersten Entschlüssen, die Herr Birk so sehr für seine „arme Freundin" befürchtete, zu widerstehen, sie wäre sonst bereit gewesen, den Wagen der Frau Autheman an deren Türe zu erwarten, sich an ihn anzuhängen und unter seinen Rädern zu schreien: „Mein Kind! . . . . Wo ist mein Kind?" . . . . . oder auch nach London, Basel, Zürich zu reisen, dort selbst Untersuchungen anzustellen, wie man ihr auf dem Erkundigungsbureau geraten hatte.

„Meine arme Freundin, meine arme Freundin! Denken Sie nicht daran . . . . Diese Reisen, und dazu in solcher Ungewißheit würden Ihr Ende sein; gefährlicher noch ein Ausbruch Ihrer Heftigkeit in Paris, welcher Sie dem Gefängnis, oder noch Schlimmerem aussetzen könnte."

Birk sagte nicht was, aber das Geheimnis seiner großen Augen, die in die Höhe steigenden Spitzen seines Apostelbartes drückten einen sich mitteilenden Schrecken aus. Und indem er ihre Hände in seine schweren und feuchten Hände nahm, welche die Pomade seiner langen Haare, deren Kräuseln er sorgfältig überwachte, fühlen ließen, besänftigte er sie, und betörte sie mit Worten, wie:

„Lassen Sie mich nur machen! . . . . Ich bin da, ich bin stets zu Ihren Diensten . . . . Vertrauen Sie sich mir an! . . . . Ihr Kind wird Ihnen zurückgegeben werden . . ."

Wie man sich doch in den Menschen täuschen kann! Dieser Mann, welcher ihr so sehr mißfallen, dem sie nicht traute, vor dem sie sich, seines süßlichen Ausdruckes und seiner Jagd auf eine reiche Mitgift halber, in acht nahm, dieser Mann allein verließ sie nicht, besuchte sie, lud sie sogar zu dem nationalen „Riesengroed" in seine hübsche Junggesellenwohnung ein, welche verschönert war durch Geschenke seiner frommen Zuhörer. Und jedes Mal, wenn er sie nach Hause begleitete, sagte er:

„Man muß Sie zerstreuen, meine arme Freundin."

Welches Mittel der Zerstreuung aber gab es bei dieser ewigen Angst, der fixen Idee, welche alles immer wieder neu belebte. Eline hatte bei ihrer Abreise weder Kleider noch Wäsche mitgenommen, alles war im Hause geblieben; aus dem Schrank, aus der offenen Schieblade, drang der milde Duft des von ihr gewohnten Parfüms; auch der geringste Toilettengegenstand bildete für die Mutter eine lebendige Erinnerung an die Tochter. Auf dem Tisch lag noch das grüne Heft, in welches die Tochter jeden Abend ihre kleinen Ausgaben und die am nächsten Tage zu gebenden Stunden einschrieb. Dieses wohlgeordnete, sorgfältig geführte Heft, mit seinen regelrecht in die Linien eingestellten Zahlen, erzählte dem Kinde Tag für Tag sein ehrenhaftes, mutiges, so von Arbeit und von Wohltun für andere erfülltes Leben . . . . Ein Mantel für Fanny . . . . An Henriette geliehen . . . . an dem Tage der heiligen Elisabeth, der zugleich der Geburtstag von Frau Ebsen war, stand zwischen Bouquets und Überraschungen, die kindliche und zärtliche Bemerkung: Ich liebe meine teure Mutter, geschrieben. Ein wirkliches Tagebuch war es, wie es sich von früher her in den Familien erhielt, und welches der alte Montaigne: „so angenehm anzusehen und so der Mühe wert zu führen" fand. Hier im Gegenteil steigerte diese Lektüre den Gram, und wenn dann Frau Ebsen am Abend dieses Heft mit Herrn Lorie durchblätterte, füllten sich ihre Augen mit Tränen und sie wagten nicht einander anzusehen.

Fast war dies Schicksal, was den armen Lorie traf, mit einer zweiten Witwerschaft ohne Trauer, doch vielleicht noch grausamer als eine andere, zu vergleichen, denn sie war mit dem beschämenden Gefühle vermischt, daß er es nicht verstanden habe, dieses anscheinend so ruhige, doch in Wirklichkeit nach einer Leidenschaft dürstende Herz des jungen Mädchens zu beschäftigen, so daß sie dieselbe nun in höheren Regionen suchen gegangen. Die Abreise Elinens beruhigte, ohne daß er es sich eingestand, die Wunde seiner Eigenliebe, er war nicht der einzig Verlassene, und einander näher gebracht durch den gemeinschaftlichen Schmerz, nahmen die Mutter und er wieder ihre liebevollen Beziehungen von neuem auf. Aus seinem Bureau nach Haus gekommen, begab er sich nach oben, um nach neuen Nachrichten zu fragen, und verbrachte lange Stunden in der Ecke neben dem Kamin, um immer wieder diese Geschichte mit den nämlichen Wiederholungen, den nämlichen Redewendungen und den nämlichen Tränenausbrüchen zu hören. In der Stille dieses Salons, bei der Unveränderlichkeit der ganzen Umgebung, bei der Ruhe der von dem Lärmen des Boulevards abgeschnittenen Straße, suchte er unwillkürlich Eline und die Großmutter in ihrer Lieblingsecke, diese Ecke, welche vordem durch das heitere Lachen ihrer Enkelin belebt worden war, und in der sich jetzt der Schatten der Verstorbenen und die Vergessenheit zusammenfanden, das Gefolge des Todes und der Trennung.

Den ganzen Tag auf sich allein angewiesen, blieb Frau Ebsen nicht zu Hause, und sobald ihre Wirtschaft besorgt war, entschlüpfte sie, um einige Freunde, die alten „stummen Möbel" ihrer Sonntage aufzusuchen, deren Sanftmut nicht zuließ, sich von dem Raub ihrer Tochter und von den Bahnen des heiligen Ignaz erzählen zu lassen. Denn immer von der Ruhelosigkeit gequält, die eine fixe Idee begleitet, wie wenn der Körper sich bestrebte, das Gleichgewicht des normalen Seins wieder herzustellen, irrte sie, sich dem Zufall überlassend, kreuz und quer durch die Straßen, und wurde so eine der unzähligen, umherstreifenden Flaneure von Paris, die bei jedem Auflauf, vor jedem Schaufenster zusammenströmen, sich mit den Ellenbogen auf die Brustwehren der Brücken stützen, mit demselben indifferenten Blick für das langsam fließende Wasser, für die vorüberfahrenden Omnibusse und für die neuesten Moden. Wer weiß wie viele Erfinder, Dichter, Schwärmer, Verbrecher und Narren sich unter diesen Leuten befinden, die so vor uns hergehen, um ihren Gewissensbissen zu entfliehen oder um ihren Luftgebilden nachzuhängen! Ganz eingenommen von einem Gedanken, Einsame in der großen Menge, sind diese Müßiggänger doch die Beschäftigtsten der Menschen, und nichts vermag sie abzuziehen, weder die Wolken, die sie anstarren, noch der sie anstoßende Passant, noch das mit abwesenden Augen durchblätterte Buch.

Bei ihren Kreuz- und Querturen durch Paris kehrte Frau Ebsen immer wieder auf denselben Punkt zurück, nämlich nach dem Palais Autheman, wo sie sich ehemals einzuführen versucht hatte, und wo sie jetzt einige Mitteilungen der Dienstboten erbettelte. Aber es fehlte ihr um die Unempfindlichkeit dieser Tagelöhnergesichter zu lichten der unumgänglich nötige Reflex der Trinkgelder. Jetzt begnügte sie sich umherzustreifen, beruhigt durch ein instinktives Gefühl, ja, selbst durch die Gewißheit, daß ihre Tochter nicht mehr in Frankreich sei; und indem sie sich stundenlang an der Umzäunung eines wüsten Bauplatzes, welcher dem Palais gegenüber lag, aufhielt, beobachtete sie von dort den ganzen inneren Hof, die hohen schwarzen Mauern und die ungleichen Fenster mit ihren steinbehauenen Kapitälen. Wagen hielten an dem Tore, Leute gingen ein und aus mit stahlbeschlagenen Portefeuilles unter dem Arm, oder den Rücken mit Säcken von Talern beladen. Auf der

christlichen Religion stehen, die die Gotteskindschaft aller Menschen zur Basis für ihre Moral macht, an der Sie nicht den geringsten Anlaß finden, die Menschen verschieden zu werten und die außerdem noch sagt, daß die Ehen im Himmel geschlossen werden (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.), und wenn Sie es trotzdem hier unternehmen, Sturm zu laufen gegen die Eheschließung zwischen Christen — denn darum handelt es sich in Samoa — dann ist das ein solcher Widerspruch, der mit gesunder Logik nichts zu tun hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was das Argument der Rassereinheit betrifft, auf das sich die Nationalliberalen und Freisinnigen stützen, so wird es durch die Tatsache, daß 99 Proz. der Mischkinder unehelich sind, vollständig über den Haufen geworfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Behauptung des Herrn von Richthofen, das Eheverbot wäre ein Weg, die Zahl der unehelichen Mischkinder zu vermindern, beweist auch wieder eine Logik, bei der man sich an den Kopf greift. Wenn man die Eheschließung zwischen Weißen und Farbigen verhindert, so wird der Erfolg nur der sein, daß aus 99 Proz. unehelicher Mischkinder 100 Proz. werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr von Richthofen meinte, wenn man die Ehe verböte, so würde dadurch ein starkes Rassegefühl bei den Weißen erzeugt, so stark, daß sie in den Kolonien — — Enthaltsamkeit üben? oder was meinten Sie? (Große Heiterkeit.) Wenn Freiherr von Richthofen diese Konsequenz nicht ziehen will, so fällt damit seine ganze Logik wie ein Kartenhaus über den Haufen, und diese Konsequenz zu ziehen, geniert er sich noch etwas, so weit kennt er doch die menschliche Natur, daß er weiß, daß auch ein starkes Rassegefühl gegenüber einem noch elementareren Gefühl die Segel streicht. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Der Erlaß des Staatssekretärs ist zunächst auf die samoanische Bevölkerung gemünzt. Nun sind gerade die Samoaner — darin stimmen alle Ethnographen überein — ein ganz hervorragend schönes und gesundes Volk. Ich glaube demgegenüber versagt das Rassegefühl. Ja, mancher Weiße könnte vielleicht mit einer Samoanerin seine eigene Nachkommenschaft nicht degradieren, sondern aufbessern. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Jedenfalls sind die Samoanerinnen nicht in einen Topf zu werfen mit den Negerinnen. Sie sind nahe verwandt mit den Japanern. Wir hören zuweilen, daß ein Gesandter eine Japanerin heiratet und dann kommen die allerhöchsten Herrschaften und gratulieren ihm, da scheint man das Rassegefühl gänzlich verloren zu haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Nun sagt man, die Beamten sollen mit gutem Beispiel vorangehen, seither war das nicht der Fall, eher das Gegenteil. Wollte man alle Beamten zur Rechenschaft ziehen, die ihrerseits die Mischlingsbevölkerung vermehren, so wäre ein ganzer Rattenkönig von Prozessen die Folge. Unser Standpunkt ist der, es soll Sache der Selbsterziehung, der Selbstzucht jedes einzelnen sein, für die Güte seiner Nachkommenschaft zu sorgen. Das ist eine Forderung der sexuellen Moral. Wir wünschen auch nicht, daß planlos eine Mischbevölkerung erzeugt wird. Aber wir wollen nicht, daß da, wo es geschieht, die Frauen und Kinder sozial degradiert werden, daß man ihnen das Brandmal aufdrückt, wie auch bei uns leider den unehelichen Kindern, die doch wahrhaftig nichts dafür können, daß sie nicht in einer Ehe erzeugt sind. Deshalb sind wir aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegen das Verfahren, das Sie einschlagen wollen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger (Zentr.) und Freiherrn von Richthofen (NL.) schließt die Debatte.

Die Resolution der Budgetkommission, die einen Gesetzentwurf verlangt, welcher die Gültigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt, und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet, wird in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 133 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Mit der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Mehrheit stimmen auch einzelne Freisinnige, die Abgg. Gothein, Kerschensteiner.

Die Resolution der Kommission, welche einen Gesetzentwurf zur Einengung des Verordnungsrechts in den Schutzgebieten verlangt und die Mitwirkung der Reichsgesetzgebung erweitern will, wird angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über die Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über Interpellationen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Anträge der Geschäftsordnungskommission angenommen.

Über den Antrag der Konservativen, daß bei der Besprechung einer Interpellation die Stellung eines Antrages unzulässig sein soll, wird namentlich abgestimmt; er wird mit 265 gegen 67 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nach Schluß der Abstimmungen erklärt

Präsident Kaempf: Die neue Geschäftsordnung tritt meines Erachtens sofort in Kraft. (Zustimmung.) Der erste Tag für kleine Anfragen ist also der nächste Freitag, nachmittags 1 Uhr. Im Interesse des Geschäftsganges schlage ich vor, daß am Mittwoch bis zum Schluß der Sitzung etwaige Anfragen dem Bureau des Hauses übergeben werden (Zurufe: Heute?) Jawohl, wenn die Anfragen heute am Schluß der Sitzung dem Bureau übergeben werden, so ist nur noch knappe Zeit dazu, sie dem Reichskanzler zu übermitteln und ihm die Zeit zu geben, die Antwort vorzubereiten. Wenn am Dienstag der Tag für die kleinen Anfragen ist, so schlage ich vor, diese Anfragen am Sonnabend bis zum Schluß der Sitzung dem Bureau zu übergeben.

Das Haus ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Es folgen die Abstimmungen über den Vorschlag der Geschäftsordnungskommission betr. die Mindeststärke der Fraktionen und die dazu gestellten Anträge.

Der Antrag von Gamp (RP.), die „Zugezählten" bei einer Gruppe für die Anerkennung als Fraktion mitzuzählen, wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt.

Der Antrag Schultz (Rp.), die Vereinigung der Mitglieder und Hospitaten einer Partei bis auf weiteres als zur Teilnahme an Kommissionen und am Seniorenkonvent ausreichend anzuerkennen, wenn sie mit den „Zugezählten" 15 Mitglieder erreicht, wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 146 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag Albrecht, die Vertreter einer Partei, die 15 mal 397 aller bei den Wahlen abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, als Fraktion anzuerkennen.

Angenommen wird nur der Antrag der Kommission, daß nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitgliedern und Hospitanten) als Fraktion anzuerkennen ist.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats für das Reichsschatzamt.

Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (SD.) und Genossen vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldigst zu beseitigen.

Racken (Z.) erklärt, daß seine Freunde für die Resolution stimmen würden.

Reichsschatzsekretär Kühn: Im Jahre 1918 wird eine völlige Nachprüfung der Klasseneinteilung erfolgen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Befugnis, einzelne Orte in eine höhere Klasse einzureihen, wenn ein Bedürfnis dazu sich ergibt. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat bereits in nicht unerheblichem Umfange Gebrauch gemacht. Im vorigen Jahre sind 67 Orte in eine höhere Ortsklasse eingereiht worden. Wenn neue Tatsachen in einem Ort vorliegen, wird das auch in Zukunft geschehen.

Ebert (SD.): Die Art, wie der Bundesrat von seiner Befugnis Gebrauch gemacht hat, hat in weiten Kreisen der Beamtenschaft Beunruhigung hervorgerufen. Außer Stuttgart sind es fast nur kleine Orte mit wenig Beamten, die in eine höhere Ortsklasse gekommen sind. Die Petitionen der größeren Städte sind fast völlig ohne Erfolg geblieben. Dies Ergebnis ist wohl zurückzuführen auf die neuen Grundsätze, die der Bundesrat bei der Prüfung dieser Petitionen angewandt hat und die erheblich von den Grundsätzen abweichen, die s. Zt. Reichstag und Abgeordnetenhaus im Einverständnis mit der Regierung aufgestellt hatten. Danach wurde der Zimmereinheitspreis ermittelt, unter Berücksichtigung der Zimmerzahl, die den mittleren Beamten zugebilligt worden ist, also der 4-Zimmerwohnung. Nach den neuen Grundsätzen des Bundesrats aber wird geprüft, ob die Mehrheit der mittleren Beamten eines Ortes mit dem ihnen zustehenden Wohnungszuschuß drei Viertel ihres tatsächlichen Mieteaufwandes decken können. Nun befinden sich unter den mittleren Beamten mehrere Gruppen von Eisenbahnbeamten, die ein verhältnismäßig geringes Gehalt beziehen und natürlich eine Vierzimmerwohnung nur in ganz wenigen Fällen bewohnen können. Deshalb werden die Orte, in denen die betreffenden Eisenbahnbeamten die Mehrheit der mittleren Beamten bilden, recht schlecht bei der Einteilung in Ortsklassen wegkommen. Das Verfahren des Bundesrats ist auch deshalb nicht einwandfrei, weil dadurch die Einheitlichkeit der Ortsklasseneinteilung durchbrochen worden ist und mit zweierlei Maß gemessen wird. Eine Erklärung des Finanzministers Lentze vom 18. März 1911, daß bei Prüfung der Petitionen von der Grundlage ausgegangen werden müsse, die die Reichstagskommission seinerzeit festgelegt hatte, hatte im gewissen Sinne beruhigend gewirkt. In einer Denkschrift der Beamten aus Elberfeld und Barmen wird nun aber dargelegt, daß im Januar dieses Jahres eine Deputation dieser Beamten unter Führung der Oberbürgermeister bei Herrn Lentze vorstellig geworden sei, und daß ihr mitgeteilt worden sei, daß Elberfeld und Barmen deshalb nicht in eine höhere Ortsklasse versetzt worden sei, weil der Bundesrat die früheren Grundsätze des Reichstags nicht mehr als maßgebend anerkenne. Gegen dies ungeheuerliche Verfahren muß entschieden Einspruch erhoben werden. Es ist überhaupt recht merkwürdig, daß man das Reichsschatzamt mit der Prüfung dieser überaus sozialpolitischen Petitionen beauftragt hat. Ich will nicht sagen, daß man dadurch den Bock zum Gärtner gemacht hat (Heiterkeit), aber es ist doch ganz natürlich, daß das Reichsschatzamt bei seinen Entscheidungen, die in erster Linie von finanziellen Gesichtspunkten ausgehen, angesichts der Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks ist es begreiflich, daß der Staatssekretär in seiner Steuerscheu darauf bedacht ist, möglichst viel Überschüsse herauszuwirtschaften. Diese Sparsamkeitspolitik ist aber hier am wenigsten angebracht, denn hier wird gespart auf Kosten der Gesundheit der Beamtenfamilien. Vor allem hat unter diesem Verfahren die Unterbeamtenschaft zu leiden. Den Unterbeamten hat man ein Wohnungsbedürfnis von zweieinhalb Zimmern zugebilligt (Hört! Hört! b. d. Soz.). Dabei sind mehr als 90 Prozent aller Unterbeamten verheiratet und haben im Durchschnitt vier Kinder. Also einer sechsköpfige Beamtenfamilie mutet man zu, mit zweieinhalb Wohnräumen auszukommen. Im Westen versteht man darunter meist eine Küche, ein Wohn- oder Schlafzimmer und eine Dachkammer. Es muß bei der Einteilung der Ortsklassen Rücksicht genommen werden auf die Einheit der einzelnen Landesteile und auf Ortsgebräuche. So ist es im Westen vielfach üblich, daß der Mieter den Küchenherd und die Öfen stellen muß. Also eine Revision der Ortsklassen tut dringend not. Je einmütiger Sie unserer Resolution zustimmen, umso größer wird der Eindruck auf die Regierung sein. Den Reichsschatzsekretär erinnere ich daran, daß der Reichskanzler vor kurzem geäußert hat, die Reichsregierung würde der Wohnungsfrage dauernd die Aufmerksamkeit zuwenden, die sie verdient. Nun, hier handelt es sich um einen wesentlichen Teil der Wohnungsfrage, und ich möchte dringend bitten, daß die Regierung auch dieser Resolution die Beachtung zukommen läßt, die sie verdient, und nicht nur die finanzielle, sondern auch die soziale Seite der Frage erwägt. (Bravo! bei den Soz.)

Reichsschatzsekretär Kühn bestreitet, daß die Regierung sich von den Grundsätzen, welche die Kommission des Reichstages festgesetzt hat, entfernt habe; finanzielle Erwägungen seien bei der Erledigung dieser Frage nicht maßgebend.

Dr. Quarck (Natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der sozialdemokratischen Resolution.

Dr. Neumann-Hofer (Vpt.): Auch meine Freunde werden für die Resolution stimmen. Die Zölle und Steuern werden zwar für das Reich erhoben, aber von den Einzelstaaten, daraus ergibt sich eine ganze Reihe ungleichmäßiger Anwendungen des Zolltarifs. Eine einheitliche Regelung wäre für das Publikum und die Beamten bequemer und für das Reich billiger. Daher sollte man die ganze Zollverwaltung auf das Reich übernehmen.

Reichsschatzsekretär Kühn: Diesem Wunsche des Vorredners steht die Verfassung entgegen, die klar und deutlich vorschreibt: „Die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat innerhalb seines Gebietes überlassen."

Dr. Landsberg (SD.): Meine Freunde unterstützen die Petitionen der Altpensionäre, die für sich selbst sprechen. Ferner protestiere ich gegen die ungerechte Behandlung der Stadt Magdeburg, die plötzlich, nachdem sie 36 Jahre lang der Serviceklasse I angehört hatte, in eine niedrigere Serviceklasse versetzt ist. Die Beschwerden der Beamten, denen der Wohnungsgeldzuschuß dadurch erheblich gekürzt ist, sind berechtigt, die Regierung sollte ihnen abhelfen, indem sie Magdeburg wieder in die Serviceklasse I versetzt.

Erzberger (Z.) tritt für die Erhöhung der Pensionen der Altpensionäre ein.

Zimmermann (NL.) betont die Notwendigkeit einer stetigen Finanzpolitik des Reichs.

---

großen Freitreppe verspäteten sich einige würdige Gestalten. Alles ohne Stockung, ohne Lärm, nichts, als ein sanftes, unaufhörliches Klingen des aufgezählten Goldes, ein gedämpftes Murmeln des Silbers, wie das einer unsichtbaren, harmlosen Quelle, die vom Morgen bis zum Abend unerschöpflich fließt, über Paris, Frankreich, die ganze Welt sich ergießt, bis sie zum breiten, reißenden Strom mit furchtbarem Strudel wird, den man das Glück der Autheman nennt, und welcher die Höchsten, die Mächtigsten erschreckt, die Gewissenhaftesten, die Besitzgeschützten erzittern macht.

Mehrmals sah Frau Ebsen das große Tor sich vor dem kastanienbraunen Kupee mit den Schecken öffnen, das sie auch ohne die imponierende und kalte Gestalt, welche hinter den klaren Spiegelscheiben sichtbar wurde, wiedererkannt hätte, und das sie zum zweiten Male in Versuchung führte, Torheiten zu begehen, damals verhindert durch die Drohungen des Pastors Birk und die Furcht vor dem Gefängnis oder jenem anderen schrecklichen Etwas, was zu nennen er sich fürchtete. Und wenn sie von diesen Gängen, von diesem Stehen ermüdet heimkehrte, nachdem sie so lange wie möglich fortgeblieben war, um dem Unvorhergesehenen Zeit zu lassen endlich einzutreffen, mit welchem Herzklopfen, mit welcher verzehrenden Angst fragte sie da jedesmal: „Ist nichts für mich gekommen, Mutter Blot?" Ach, wenn sie doch etwas finden wollte! Dann und wann einen ziemlich kalten Brief ihrer „ganz ergebenen" Tochter, aber niemals, niemals das, was sie erhoffte, und das sie nicht wagte auszusprechen.

Eines Tages indessen ertönte die Klingel heftig, geräuschvoll von vertrauter Hand gezogen, so daß sie sich zu Tod erschrocken fühlte. Sie zitterte beim Öffnen. Zwei liebende Arme umschlangen sie sogleich; die Blumen eines Sommerhutes, ganz von Schnee durchnäßt, welcher draußen niederfiel, benäßten ihre Wangen . . . . . Henriette Briß! . . . . Sie hatte ihre Stellung bei dem russischen Gesandten in Kopenhagen verlassen . . . . . Ausgezeichnete Leute, aber zu gemein . . . . . Dann könnte sie auch nicht länger von Paris entfernt sein, ungeachtet dessen, was ihre frühere Oberin von „Sacré coeur" ihr geschrieben, nämlich behauptet habe, daß Paris für sie dasselbe sei, wie ein Rasiermesser in der Hand eines zweijährigen Kindes . . . Fortwährend sprechend, trat Henriette in die kleinen ihr so wohlbekannten Räume, machte sich darin wie in ihrer eigenen Häuslichkeit heimisch, ohne in ihrer Zerstreutheit und Freude das tiefbetrübte Gesicht der Mutter zu bemerken. Plötzlich sah sie sich um, und mit einer ihrer lebhaften, sprungartigen Bewegungen fragte sie: „Und Lina? . . . . Wo ist sie? Wird sie bald nach Hause kommen? . . ."

Ein Schluchzen antwortete ihr. Ach! Jawohl! Ja, Lina. Keine Lina mehr . . . . Fort . . . Geraubt . . . Sie haben sie mir genommen . . . Ich bin allein . . . . Es bedurfte einiger Zeit für Henriette, um dies alles zu verstehen, und selbst als sie es begriff, konnte sie es nicht fassen, daß die vernünftige und praktische Lina, mit ihrer so großen Liebe für die Ihrigen . . . Ach! diese Johanna Autheman, wie verstände sie sich doch darauf, die Seelen zu beherrschen . . . und sonderbarerweise betrachtete sie, während die Mutter weinte, zwei oder drei kleine Bücher mit Goldschnitt, treulose Mitschuldige dieses großen Verbrechens, auf dem Tisch zurückgebliebene Beweisstücke: Morgenandachten . . . Gespräche einer christlichen Seele. — Nein wahrhaftig, diese Frau wäre nicht die erste. Ohne den Protestantismus würde man gesagt haben: eine Schwester von Antoinette Bourignon.

„Wer ist Bourignon?" fragte die Mutter sich die Augen trocknend.

„Wie, Sie kennen Sie nicht? Eine Prophetin aus der Zeit der Frau Guyon . . . Sie hat mehr als zwanzig Bände geschrieben."

„Was hat sie damit gewollt? . . ." fragte Frau Ebsen ernst. „Wenn sie dadurch auch nur die Mütter weinen macht, so ist das nichts übermäßig Gutes, und dann ist es besser nicht von ihr zu reden.

Ein inneres Gefühl sagte ihr, daß Henriette ihren Kummer nicht teile, und daß sie nicht alles das auszusprechen wage, was auf ihren Lippen schwebe, was ihre weißen Augäpfel erglänzen lasse, und was ihre knöchernen Finger zitternd den mysteriösen kleinen Büchern entblätterten.

„Können Sie mir vielleicht das Buch leihen?" fragte die Betörte des „Sacré cour" von dem Wunsche verzehrt, diese „Gespräche" zu lesen und die Ketzerei darin zu widerlegen.

O, nehmen Sie, nehmen Sie alle mit fort." — Henriette ergriff sie mit Entzücken, warf im Fortgehen noch ihre Adresse hin — Rue de Sevres bei Magnabos, Dekorateur, sehr gute Leute — ein Quartier wie im Kloster. — Kommen Sie doch zu mir . . . . . das wird Sie zerstreuen."

Dieser Besuch mit all seinen lieben Erinnerungen, welcher die früheren Diskussionen, in denen sich Lina so gut und so verständig bewiesen hatte, wieder heraufbeschwor, war für Frau Ebsen eine neue schmerzensreiche Probe, wie gewisse in der Erinnerung feststehende, gemeinschaftlich gefeierte, oder mitsammen beweinte Daten, wie der „Juleaften", dieses Jahr ohne Weihnachtsbaum und „Riesengroeb", der Sterbetag der Großmutter, die traurige Wallfahrt und die noch traurigere Rückkehr. War es doch da, wo Lina vom Kirchhof heimkehrend, im letzten Jahre ihr zuschwor, „sie treu zu lieben, sie niemals zu verlassen!" Und unter dem Eindruck dieser Erinnerungen schrieb sie ihrer Tochter einen tief betrübten, flehenden Brief:

„Wenn ich nur, um mich abzulenken, wenigstens arbeiten, oder Stunden geben könnte; jedoch der Kummer hat mich sehr geschwächt, meine Augen schmerzen mir und seit meiner letzten Krankheit hat auch mein Gehör gelitten. O, mein teures Kind, auf den Knien erwarte ich Dich. Es ist nicht mehr Deine Mutter, welche Dich bittet, sondern eine alte, sehr unglückliche Frau."

Die Antwort war eine Postkarte, mit dem Poststempel Jersey, offen und für alle lesbar:

„Ich bin tief betrübt, meine liebe Mutter, über die schlechten Nachrichten, die Du mir über Deine Gesundheit gibst, aber ich tröste mich mit dem Gedanken, daß diese Prüfungen Dich mit jedem Tage Gott näher bringen. Was mich betrifft, so beschäftigt mich Dein und mein ewiges Heil. Es ist unbedingt notwendig, daß ich fern von der Welt lebe und mich vor allem Bösen hüte."

Grausamkeit über Grausamkeit, dieses Zeugnis des befreiten Evangeliums! Also noch mehr erlaubte Vertraulichkeit, noch mehr Ohrenbläserei, noch mehr ungestillte Tränen! O, diese Elenden, soweit hatten sie es mit ihrer Tochter gebracht. „Ich muß mich vor dem Bösen hüten." Ihre Mutter war somit das Böse.

„So werde ich ihr niemals mehr schreiben. Sie ist verloren für mich."

Und mit Ihren plumpen Schriftzügen schrieb die Mutter quer über die Adresse:

Letzter Brief meines Kindes.

„Frau Ebsen! . . . Frau Ebsen!" . . .

Man rief aus dem kleinen Garten. Sie trocknete ihre Augen, öffnete wankend das Fenster und erblickte dann Herrn Aussandon, welcher seinen schönen, weißen Kopf zu ihr erhob:

„Ich predige Sonntag in der Kirche Oratoire . . . . Das geschieht für Sie . . . Kommen Sie, Sie werden zufrieden sein . . ."

Er grüßte, indem er den Finger an seine kleine Mütze legte, und fuhr dann in der Besichtigung seiner sprossenden Rosensträucher fort; und man merkte wohl, daß Frau Aussandon nicht zu Hause war, wenn man den alten Mann zu Anfang März, in dieser scharfen und gefährlichen Luft im Freien erblickte.

(Fortsetzung folgt.)

von Oertzen (Reichspartei) erklärt sich für die Resolution und für die Erhöhung der Pensionen für Altpensionäre.

Molkenbuhr (Soz.): In bezug auf die Erhebungskosten für Zölle und Verbrauchssteuern ist insofern ein Wandel eingetreten, als wir jetzt nicht mehr, wie früher, aus dem Etat ersehen können, wie hoch die Entschädigungssummen für die einzelnen Bundesstaaten sind. Eine solche Zusammenstellung sollte wieder herausgegeben werden und gleichzeitig die Summen, die die Einzelstaaten für die Erhebung wirklich ausgeben. Ich möchte auf die schweren Schädigungen eingehen, die die Tabakarbeiter durch das letzte Tabaksteuergesetz erlitten haben. In den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft liegt jetzt eine Grundlage vor, um diese Nachteile genau festzustellen. Daraus ergibt sich, daß im Durchschnitt die Lohnsumme der Tabakarbeiter in einer Reihe von Jahren bis 1909 um 6,65 Proz. gestiegen ist. Man hätte also annehmen können, daß diese durchschnittliche Steigerung weiter angehalten hätte, wenn nicht das Tabaksteuergesetz gekommen wäre. In dem Jahre 1909/10 beträgt nun nach dem Nachweis der Berufsgenossenschaft der Lohnverlust der Tabakarbeiter, soweit sie gegen Unfall versichert sind, 77 630 000 Mk. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Lohnverlust sind gerade die Ärmsten der Arbeiter betroffen, da in jeder Fabrik natürlich die schwächsten Arbeiter zuerst entlassen werden. Außerdem gibt es auch eine ganze Anzahl Tabakarbeiter, die nicht gegen Unfall versichert sind, die sogenannten kleinen Fabrikanten, die allein arbeiten, und diese sind in die allerbitterste Not gekommen, denn sie haben überhaupt keinen Anspruch aus irgendwelchem Schadenersatz, wie er den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern durch das Tabaksteuergesetz zugesprochen war. Also hier kann man einmal ziffernmäßig nachweisen, welches Unheil durch solche Gesetze hervorgerufen werden kann, und ich bitte den Reichsschatzsekretär, wenn es wieder gilt, ein Defizit zu decken, nicht wieder zu einer solchen Steuer zu greifen, durch die Tausende und aber Tausende der Allerärmsten dem Elend preisgegeben werden. (Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Dr. Junck (NL.): Was für Magdeburg gilt, gilt auch für eine Reihe anderer Städte. (Zustimm.)

Ahlhorn (WP.): Der sozialdemokratischen Resolution werden seine Freunde zustimmen. Aber allen wird man es nie recht machen können. Die Petitionen der Altpensionäre werden auch von meinen Freunden unterstützt.

Vietmeyer (WVg.) erklärt sich für die Wünsche der Altpensionäre und für die sozialdemokratische Resolution.

Die sozialdemokratische Resolution wird angenommen.

Beim Titel: „Veteranenbeihilfe" fragt

Prinz zu Schönaich-Carolath (NL.), was aus den schon im April 1910 einstimmig im Reichstag angenommenen Anträgen zugunsten der Kriegsveteranen geworden ist.

Reichsschatzsekretär Kühn weist darauf hin, daß fünf Millionen Mark mehr in den Veteranenfonds eingesetzt sind und daß die Ausführungsverordnungen wesentlich milder gestaltet worden sind.

Belzer (Z.): In der Praxis ist aber die Ausführung dieser an sich guten Bestimmungen keine milde, sondern vielfach eine recht harte. (Allseitige Zustimmung).

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem dritte Lesung der kleinen Strafgesetznovelle und kleinere Etats.)

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten und die Oberbürgermeisterwahl. Der Berliner Oberbürgermeister Kirschner wird demnächst von seinem Amt zurücktreten. Die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten hat sich nun überraschenderweise auf Staatssekretär a. D. Wermuth als den Nachfolger Kirschners geeinigt. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfabrikation beschloß, ihre Stellung zu der Kandidatur Wermuths von der Beantwortung einiger Fragen an ihn abhängig zu machen. Er soll sich äußern über seine Auffassung der Selbstverwaltung, über seine Haltung in sozialpolitischen Fragen und über die Art, wie er steuerpolitische Fragen in Zukunft behandeln will.

Ausschlußverfahren wegen Verstoßes gegen den Nürnberger Maifeierfonds-Beschluß. Der letzte Jenaer Parteitag hat bekanntlich beschlossen, daß die in Parteiunternehmungen, Genossenschaften usw. beschäftigten Parteimitglieder, die nach dem bekannten Nürnberger Beschluß verpflichtet sind, den ohne zu arbeiten erhaltenen Tagesverdienst vom 1. Mai abzuführen und sich dessen beharrlich weigern, aus der Partei auszuschließen sind. Auch im Sozialdemokratischen Verein Elberfeld-Barmen waren etwa 120, namentlich im Konsumverein „Befreiung", Elberfeld, beschäftigte Genossen, die ihren Beitrag nicht abführen wollten. Nach und nach sind dann noch etwa 40 Genossen ihren Verpflichtungen nachgekommen, bis sich das Niederrheinische Agitationskomitee veranlaßt sah, gegen 82 Genossen auf Grund der Parteitagsbeschlüsse zu entscheiden. In der letzten Mitglieder-Versammlung wurde darüber Bericht erstattet. Das Urteil kam im wesentlichen zu folgenden Resultaten: Nach der Verhandlung und vor dem Urteilsspruch hat der Sozialdemokratische Verein gegen 27 Beschuldigte den Ausschlußantrag zurückgezogen, und zwar bei 5, weil sie erst nach dem 1. Mai 1911 Mitglied geworden sind, bei 2, weil der Ausschluß irrtümlich gegen sie gestellt war, bei 17, weil sie den auf sie entfallenden Betrag voll gezahlt haben' bei 2 wegen besonders mißlicher Verhältnisse, die ihnen die Zahlung nicht ermöglichten, bei 1, weil er sich am 1. Mai in Ferien befand und der Tag auf die Ferien in Anrechnung gebracht wurde. Zum Ausschluß empfohlen wurden 12 Genossen, 32 erhielten eine Rüge wegen ihres Verhaltens. Ohne Einschränkung abgelehnt wurde der Ausschlußantrag bei 8 Genossen. Eingestellt wurde das Verfahren gegen 2 Mitglieder, weil diese abgereist bezw. zum Militär einberufen wurden. Ausgesetzt wurde das Urteil gegen einen Genossen. Gegen diesen Entscheid, dessen Einzelheiten im Urteil näher begründet sind, steht den Beteiligten das Recht zu, beim Parteivorstand in Berlin innerhalb 4 Wochen die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen. Die Parteiversammlung stimmte dem Urteilsspruch des Agitationskomitees insgesamt zu.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen der Steinsetzer. In Tilsit sind sämtliche bei städtischen Arbeiten, jedoch im Dienste von Privatunternehmern beschäftigten Steinsetzer und Rammer entlassen worden, weil sie sich geweigert haben, die Arbeiten der streikenden städtischen Hilfsarbeiter zu verrichten. Der Streik in Frankfurt a. M. zieht sich in die Länge, weil die Unternehmer die Verhandlungen immer wieder verschleppen. Mit dem Verbande der Bauarbeiter wollen sie überhaupt nicht unterhandeln, weil sie angeblich mit diesem „nichts zu tun haben". Dabei sind die über 450 streikenden Hilfsarbeiter fast sämtlich Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, der auch für seine Mitglieder die Forderungen eingereicht hat. In Freiburg i. B., wo die Unternehmer den bisherigen Tarif auf drei Jahre unverändert verlängern wollen und auf die Forderungen der Arbeiter mit der Aussperrung antworteten, wird es demnächst zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht kommen. In Barmstedt in Holstein ist ohne Kampf ein Tarif zum Abschluß gekommen. Dagegen weigern sich die Unternehmer in Lehe, Bremerhaven und Geestemünde beharrlich, auch nur in Verhandlungen über einen Tarif einzutreten. Die Straßenbauunternehmer unterstehen dort willenlos dem Diktum des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Tilsit ist, nachdem der Magistrat eine Verhandlung mit den streikenden Gas- und Wasserwerksarbeitern abgelehnt hat, auch auf die anderen Betriebe ausgedehnt worden. Zurzeit streiken 140 Arbeiter. In den nächsten Tagen kommen noch 20 Mann hinzu. Alle Bemühungen der Verwaltung, Arbeitswillige zu erhalten, sind bisher ohne Resultat geblieben. Würde nicht die Feuerwehr Streikarbeit verrichten müssen, dann wäre die Stadt schon längst ohne Wasser und Licht gewesen. Doch die Unzufriedenheit unter den Feuerwehrleuten wegen Verrichtung der Streikarbeit nimmt immer mehr zu. Die bürgerliche Presse Tilsits speit auf die Streikenden und die Streikleitung Gift und Galle. In letzter Zeit ist der Schwindel in die Welt gesetzt worden, die Forderungen der Arbeiter seien schon bewilligt. Als die Streikleitung der Sache auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß der Magistrat die vor einem halben Jahre eingereichten Forderungen der Arbeiter hatte drucken lassen und den einzelnen Verwaltungen zugestellt, damit sie sich hierüber äußern sollten. Das hat nun die bürgerliche Presse gehört und dann die Nachricht verbreitet, daß die Forderungen schon bewilligt seien. Es wird gebeten, nach wie vor jeden Zuzug von Handwerkern und Arbeitern nach den städtischen Betrieben Tilsits streng fernzuhalten.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg. Der Streik der Maurer in Dührringshof a. d. Ostbahn ist mit bestem Erfolge beendet worden. Es kam zum Abschluß eines zweijährigen Vertrages und einer Lohnerhöhung von 4 Pfg. die Stunde. — An dem Streik in Werder a. d. Havel waren Maurer und Bauhilfsarbeiter beteiligt. Nach zweieinhalbwöchentlichem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, der sowohl für Maurer wie für Bauhilfsarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pfg. vorsieht. — Mit nur teilweisem Erfolg endete der Streik der Maurer in Niemigk i. d. Mark. Infolge nicht genügender Organisation konnte nur eine Lohnerhöhung von 1—2 Pfg. erreicht werden.

Matrosenstreik in England. Heizer, Matrosen und Schiffsköche der Peninsular and Oriental Steamship Company haben verlangt, daß die Zahl der weißen Seeleute an Bord der Schiffe der Gesellschaft erhöht werde. Die Antwort der Gesellschaft wurde als unzulänglich angesehen. Alle Mannschaften der Schiffe der Gesellschaft in Tilbury wurden am Dienstag zum Ausstand aufgefordert. — Dienstagabend hat der Transportarbeiter-Verband beschlossen, den streikenden Seeleuten der Peninsular-Linie zu Hilfe zu kommen. Es ist also auf eine Wiederholung des großen Arbeiterkriegs vom vergangenen Herbste zu rechnen. Wenn die Schiffahrtsgesellschaft der Peninsular- und Oriental-Linie nicht für jedes Rettungsboot mindestens zwei weiße Matrosen einstellt, wird es mit dem Transportarbeiterverband zu einem harten Kampfe kommen.

Soziales.

Die Kinderausbeutung. Wie eingefleischt die Kinderausbeutung und wie schwer sie zu überwinden ist, zeigt eine offiziöse Klage, die Schweinburg in den „Berliner Politischen Nachrichten" veröffentlicht. Es heißt da: „Die Kontrolle über die Durchführung der betreffenden Bestimmungen läßt sich von dem Aufsichtsbeamten allein nicht oder nicht in genügendem Maße ausführen, auch ist die Unkenntnis der gesetzlichen Anordnungen in den betreffenden Elternkreisen groß. Es mußte daher damit gerechnet werden, daß namentlich die Schule ihre Mitwirkung nicht versagte. Die Lehrer arbeiten mit den Gewerbeaufsichtsbeamten Hand in Hand. In neuerer Zeit hat sich die Maßnahme gut bewährt, daß die Klassenverzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder auch über deren Alter, über Anfang und Ende der Arbeit und darüber, ob sie im Besitz ihrer Arbeitskarten sind, Auskunft geben. Verschiedene Gewerbeaufsichtsbeamte stellen fest, daß sie infolge dieser Neuerung erfahren hätten, wo sie eingreifen mußten und wo die Polizeibehörden aufmerksam zu machen waren. Die Schwierigkeiten der Kontrolle werden damit in etwas beseitigt. Ferner ist man vielfach im letztverflossenen Jahre dazu übergegangen, Merkblätter herauszugeben, in denen den Eltern der betr. Kinder kurze Auszüge aus den gesetzlichen Vorschriften mitgeteilt werden. Die Merkblätter werden den Eltern, Vormündern usw. durch die Kinder übermittelt. Es scheint jetzt auch so, als wenn es mit der Durchführung des Kinderschutzgesetzes besser als früher vorangeht. Verschiedene Aufsichtsbeamte haben in ihren letzten Berichten festgestellt, daß es gelungen ist, dem Gesetze einigermaßen Geltung zu verschaffen, andere betonen, daß die Übertretungen an Zahl abgenommen haben. So läßt sich dann erwarten, daß es dem gemeinsamen Streben der staatlichen Aufsichtsbeamten und der Lehrerschaft gelingen wird, die Durchführung des Gesetzes in vollem Umfange zu ermöglichen."

Entstehung, Bedeutung und Praxis des britischen Minimallohn-Gesetzes.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Im hiesigen Maison du Peuple tagte am 3. und 4. d. M. unter dem Vorsitz Cavrots, Präsidenten des belgischen Bergarbeiterverbandes, eine Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkomitees. Vertreten waren Belgien, Deutschland, Holland, Österreich und England. Die Franzosen hatten sich entschuldigt. Es fand eine interessante Aussprache über die jüngsten Arbeitseinstellungen im Bergbau statt. Die Belgier und Österreicher berichteten, sie hätten ohne umfangreiche Streiks, außerordentlich begünstigt durch den überraschend ausgedehnten Minersstreik in England, Lohnerhöhungen erzielen können. Von deutschen Vertretern wurden die den Lesern der deutschen Arbeiterpresse hinlänglich bekannten Streikvorgänge im Ruhrgebiet geschildert. Ein Vergleich der Angaben über die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen ergab, daß die Organisation der Ruhrbergleute bedeutend besser ausgebaut ist wie die ihrer Berufsgenossen in Belgien und Österreich. Die Belgier und Österreicher haben dennoch ihre Lohnbewegungen mit Erfolg beenden können. Die Ruhrbergleute kämpften nach übereinstimmender Meinung aller Komiteemitglieder erfolglos infolge der Streikbruchpropaganda der klerikalen Partei und der die rücksichtslos kapitalistischen Interessen förderlichen Haltung der Regierung. Sonst seien die Vorbedingungen für einen guten Abschluß des Kampfes gegeben gewesen.

Naturgemäß wurde der Bericht über den Verlauf und Erfolg des englischen Generalstreiks mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Berichterstatter war Robert Smielly, Vizepräsident der Miners Federation of Great Britain, der hauptsächlichste Sprecher der Bergarbeiter während ihrer Verhandlungen mit den Grubenbesitzern und der Regierung. Sein Referat wurde ergänzt durch Mitteilungen des Generalsekretärs der Miners Federation, Thomas Ashton.

Smielly führte aus: Über die einzelnen Phasen des gewaltigen Kampfes seien viele absichtlich irreführende Referate in der arbeiterfeindlichen Presse des In- und Auslandes erschienen. Dieser habe alles daran gelegen, die Streikenden vor der öffentlichen Meinung als gemeingefährliche Subjekte, die Führer als Hetzer und Demagogen erscheinen zu lassen. Selbstverständlich hätte die Presse sich auch eifrigst bemüht, Uneinigkeit zwischen den Arbeitern, Streitigkeiten zwischen den Führern und Massen anzuzetteln. Auf diese Tricks der kapitalistischen Reporter seien leider auch Personen und Zeitungen gutgläubig hereingefallen, denen man keine Animosität gegen die Arbeiter zutrauen dürfe. Die Erzählung von den „zur Katastrophe" treibenden „syndikalistischen Strömungen" in der Miners Federation sei eine arbeiterfeindliche Erfindung. Von den 140 bis 150 Delegierten der allgemeinen Konferenz der Federation seien höchstens zehn geneigt, dem syndikalistischen Phantastereien von Tom Mann, der übrigens mit der Bergarbeiterorganisation keinerlei Beziehungen pflege, Konzessionen zu machen. Im großen Exekutiv-Komitee der Miners Federation sitze kein einziger Anhänger des Syndikalismus. Den walisischen Komiteemitgliedern Harthorn und Stanton, denen man syndikalistische Neigungen nachsage, seien energische Gegner dieser „neuen Richtung".

Der Generalstreik für den garantierten Minimallohn sei auch nicht das Ergebnis eines krassen Egoismus gewesen, sondern es habe vielleicht niemals ein Massenstreik gegeben, der idealeren Motiven entsprang. Die von der Federationskonferenz aufgestellte Minimallohnliste ging nicht über die bereits früher vor den Einigungsämtern vereinbarte Lohnhöhe hinaus. Indessen erhielten nur 70 bis 75 Prozent der organisierten Arbeiter den Vertragslohn oder mehr; die übrigen blieben aus einer Reihe von Ursachen oft weit unter dem Vertragslohn, ohne daß dafür diese Arbeiter ein Verschulden traf. Um auch diesen Berufsgenossen den Minimallohn zu verschaffen, deshalb kämpfte die Masse der besser Entlohnten mit ihren benachteiligten Arbeitsbrüdern. Dieser Idealismus verdiene hohe Anerkennung. Auf der Solidarität beruhe die Gesellschaft der Menschen.

Man habe den Führern vorgeworfen, sie hätten zu lange gewartet und dadurch den Gegnern zu viel Zeit zur Rüstung gelassen. Die Kritiker vergäßen oder wüßten nicht, daß ein Kampf, der sich über das ganze Land erstrecke, nicht im Handumdrehen eröffnet werden könne. Smielly legte die streng demokratische Verfassung der Miners Federation dar. Das Exekutiv-Komitee sei an die Beschlüsse der Mitgliedschaften der federierten Vereine gebunden. Ehe sie alle über einen Antrag entschieden hätten, vergingen Wochen. Es seien dabei auch die großen Verschiedenheiten der Arbeitsvertragsbedingungen in den einzelnen Distrikten zu beachten. Darin variieren die geforderten Minimallohnsätze zwischen 4 Schilling 11 Pens (Bristol) und 7 Schilling 6 Pens (Südwales). In dem einen Distrikt bestehe keine Kündigungspflicht des Tarifvertrages, in anderen müsse 8 und 14 Tage, in Südwales sogar einen Monat vorher gekündigt werden. Darüber konnte die Streikleitung nicht hinwegkommen. Diese Kündigungsfristen seien dem Gegner besonders zugute gekommen. Ehe die Distriktsverbände, die Nationalkonferenzen und schließlich die Urabstimmung beschlußfertig waren, hätten die Kohlenbesitzer Zeit gehabt, außerordentlich große Kohlenvorräte anzusammeln. Dadurch sei die für den vollen Erfolg der Arbeiter notwendige Kalamität in der nationalen Brennstoffversorgung wesentlich später eingetreten wie nach früheren Erfahrungen erwartet werden mußte.

Die Arbeiterführer, so führte Smielly weiter aus, haben vor dem Streik und während seines Verlaufes mit den Grubenbesitzern und der Regierung über ein akzeptables privates Abkommen sorgfältig verhandelt. Erst nachdem unter dem starken Einfluß der walisischen und der schottischen Besitzer — die mittelenglischen verhielten sich entgegenkommend — die Grubenvertreter die Anerkennung der Minimallohngarantie prinzipiell abgelehnt hatten, brachen die Arbeitervertreter die Verhandlungen ab und erklärten dem Premierminister, auf eine Erörterung eines Vertrages ohne Einschluß der von der Miners Federation vorgeschlagenen Minimallohnliste nicht eingehen zu können. Mister Asquith anerkannte die Minimallohnforderung als berechtigt! Die Regierung schlug dann vor, die Lohnfestsetzungen in Distriktskonferenzen vorzunehmen. Sollte da keine Einigung erzielt werden, so wolle die Regierung die Lohnfestsetzung kommissarisch vornehmen lassen. Das war in der ersten Streikwoche. Die Arbeitervertreter waren bereit, den Vorschlag anzunehmen, wenn die Grubenbesitzer das Prinzip des garantierten Minimallohnes anerkennten. Das geschah aber nicht. Der Streik ging weiter und dann kam die Regierung mit ihrem Minimallohngesetz. Die Arbeitervertreter wünschten zwar private Abmachungen, sahen sich aber nun genötigt, mit der Tatsache des Gesetzentwurfes zu rechnen. Es gelang ihnen, in der Vorbesprechung des Entwurfs mit der Regierung ihn wenigstens so zu verbessern, daß nicht der Minimallohn für jede Zeche separat (wie der erste Entwurf wollte), sondern daß er distriktsweise normiert werden muß. Die Arbeitervertreter schlugen darauf vor, unbeschadet der (aufrechterhaltenen) Minimallohnliste für Hauer durch das Gesetz einen Minimallohn von 5 Schilling für alle erwachsenen und von 2 Schilling für alle jugendlichen Untertagsarbeiter vorzuschreiben. Die Regierung schien geneigt, diesem Antrag stattzugeben, wenn sogleich die Arbeit wieder aufgenommen würde. Dazu konnten sich die Arbeiterführer nicht verstehen, denn das Schicksal des Gesetzentwurfes war durchaus unsicher, da es auch aus den Reihen der Regierungspartei heftige Angriffe gegen das „revolutionäre Experiment" des Minimallohngesetzes hagelte. Schließlich wäre, wenn der Druck des Streiks überwunden war, das ganze Gesetz gescheitert und die Arbeiter wären betrogen.

Nachdem der Gesetzentwurf dem Parlament vorgelegt war, hat die Arbeiterfraktion im Einverständnis mit der Miners-Federation die „5 und 2 Schilling-Klausel" als Amendement gestellt, konnte aber damit nicht durchdringen. Deswegen stimmte die Arbeiterfraktion in der Schlußabstimmung gegen das Gesetz. Entgegen den falsch beratenen Kritiken müsse gesagt werden, daß die Arbeiterfraktion sich für die Interessen der Bergarbeiter anerkennenswert einsetzte. Daran ändern auch die nicht einwandsfreien Auslassungen einzelner Mitglieder der Arbeiterfraktion nichts.

Als das Gesetz vom Unterhaus angenommen war, entstand die Frage: Weiter streiken oder nicht? Sofort nach Annahme des Gesetzes kehrten etwa 30 000 Bergarbeiter zu den Gruben zurück. Man muß bedenken, daß in einigen Distrikten tausende Untertagsarbeiter nicht organisiert sind, die von der Gewerkschaft keine Streikunterstützung beziehen

konnten. Darum wuchs die Zahl der Arbeitenden nach Annahme des Gesetzes stark an. Zur Erklärung hierfür ist auch auf die großen Verschiedenheiten der Arbeitsbedingungen zwischen den Distrikten zu achten, die natürlich einer einheitlichen Auffassung über die neu geschaffene Lage und die Bedeutung des Gesetzes nicht förderten. Daraus ist auch die teilweise Abbröckelung des Streiks, wie die heftige Opposition gegen die Wiederaufnahme der Arbeit in einigen Distrikten zu verstehen. Ehe aber das Gesetz nicht die Klippe des Oberhauses umschifft hatte, mußte sich das Exekutivkomitee der Federation abwartend verhalten. Das hat besonders Anlaß zu Preßangriffen gegen die Streikführer gegeben. Man hat der Streikleitung Unentschlossenheit vorgeworfen. Das Exekutivkomitee konnte aber von sich aus keine Parole ausgeben, sondern mußte die vorgeschriebene Urabstimmung abwarten. Wohl ergab diese eine absolute Majorität für Weiterstreiken, aber die nun einberufene Nationalkonferenz der Miners Federation mußte auch für die Fortsetzung des Streiks (wie für den Beginn) eine Zweidrittelmajorität für erforderlich halten, sie beschloß deshalb die Wiederaufnahme der Arbeit. Die sensationellen Preßberichte über tumultuarische Szenen bei der Streikbeendigung, heftige Angriffe gegen die Führer, Absetzen der Federationsbeamten usw. sind auf arbeiterfeindliche Machenschaften zurückzuführen. Wohl kam es in einigen Bezirken zu leidenschaftlichen Protesten gegen den Konferenzbeschluß, aber heute haben sich die Wogen geglättet. Die sehnlichst gewünschte Sprengung der Federation wird ein „frommer Wunsch" bleiben.

Das Minimallohngesetz enthält, so erklärte Smielly mit Nachdruck, leider die „5- und 2-Schilling-Klausel" für Untertagsarbeiter nicht, was ein empfindlicher Mangel ist und bei illoyaler Handhabung des Gesetzes Anlaß zu schweren Konflikten geben kann. Das Gesetz wird wahrscheinlich die zum großen Teil noch politisch indifferenten britischen Arbeiter auf die absolute Notwendigkeit der direkten Beeinflussung der Gesetzgebung durch möglichst viele Arbeiterabgeordnete aufmerksam machen. Das entspricht dem Programm der Miners Federation. Soweit Nachrichten von der Praxis der bereits arbeitenden Distriktslohnämter (es gibt 22) vorliegen, wird voraussichtlich der Minimallohn von 5 Schilling für alle erwachsene und 2 Schilling für alle jugendlichen Untertagsarbeiter anerkannt werden. Auch die von der Miners Federation aufgestellte Minimallohnliste für Hauer dürfte im allgemeinen Anerkennung finden, allerdings mit Kautelen gegen absichtliche Minderleistung. In Mittel-England werden dieser Lohnregelung wohl am wenigsten Schwierigkeiten begegnen, da hier die Arbeiter am stärksten organisiert und die Grubenbesitzer am entgegenkommendsten sind.

Maßregelungen der Arbeiter nach dem Streik sind nicht vorgekommen. Die vor dem Streik verdienten Löhne sind unverkürzt ausgezahlt worden. Das Gesetz gestattet den Arbeitern, beliebige Personen als ihre Vertreter in die Lohnämter zu entsenden. Infolgedessen amtieren dort überall auch Gewerkschaftsbeamte. Die schottische Bergarbeiterorganisation hat auch einen sehr angesehenen Rechtsanwalt, eine Autorität in Bergrechtsangelegenheiten, in das Lohnamt als Arbeitervertreter gewählt.

Smielly schloß mit der Versicherung, die britischen Bergarbeiter seien entschlossen, die durch das Minimallohngesetz geschaffene eigenartige Situation für die Durchführung ihrer Lohnforderungen energisch auszunutzen. Dafür biete das Gesetz immerhin Handhaben, wenn es auch kein Musterinstitut geworden sei.

Aus Nah und Fern.

Studentische „Sitten". Aus Göttingen wird geschrieben: Man ist in kleineren und mittleren Universitätsstädten schon daran gewöhnt, daß mit jedesmaligem Semesterbeginn die jungen „Füchse" allerhand tolle Streiche ausüben, und das wird ihnen auch, sofern es sich um wirkliche Streiche handelt, wohl auch nirgends allzu übel genommen. Etwas anderes ist es aber, wenn sich Studierende unter dem Einfluß des Alkohols zu gemeingefährlichen Vergehen hinreißen lassen. Göttingen kann in den letzten Tagen ein Liedchen davon singen. Von einem Monumentalbrunnen wurden Fischköpfe abgeschlagen, mehrere Firmen- und sonstige Aushängeschilder wurden zertrümmert, die mit Ringdiamanten zerkratzten Schaufensterscheiben, die zerschlagenen Haus-, Arzt- und Hebammenschilder usw. sind nicht mehr zu zählen. Allem setzt aber die Krone auf, was bierselige Studenten am Sonnabend abend und in der Nacht zum Sonntag verübt haben. Am Sonnabend abend gegen sieben Uhr wurden auf einen Personenzug der Gartetalbahn zwischen den Stationen Landwehrschenke und Gartesschenke von vier radfahrenden Studenten drei scharfe Schüsse abgegeben, die alle drei die vollbesetzten Personenwagen in Höhe von etwa einem halben Meter des Wagenkastens trafen. Ebenso lümmelhaft ist ein Streich, der in der Nacht zum Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr vollführt wurde. Von einem an einer verkehrsreichen Straßenecke befindlichen Feuermelder aus wurde mutwillig die Feuerwehr alarmiert und, um den der Feuerwehr vorausfahrenden Radfahrer zu verhindern, daß er die Umkehr des Löschzuges veranlaßte, ehe er den Feuermelder erreichte, wurde versucht, den radfahrenden Feuerwehrmann zu Fall zu bringen. — Das Halloh möchten wir sehen, wenn Arbeiter solche Frechheiten verüben würden. Aber so handelt es sich ja bloß um zukünftige Staatsstützen.

Eine Erfindung zur Feststellung unsichtbarer Eisberge. Aus Kopenhagen kommt die Nachricht von einer Erfindung, die wenn die Aussage des Entdeckers sich bestätigt, die Eisberggefahr für die transatlantische Dampfschiffahrt so gut wie völlig beseitigen würde. Der bekannte dänische Erfinder Ellehammer hat eine Entdeckung gemacht, durch die es möglich wird, selbst im dichtesten Nebel auf Entfernungen bis zu 1100 Meter die Nähe von Eisbergen und Felsen festzustellen. Besonders wertvoll aber soll die Möglichkeit sein, auch genau die Lage dieser Klippen oder Eisberge und ihren Umfang zu erkennen. Eine Anzahl bekannter dänischer Seefachleute hat unter der Verpflichtung zur strengsten Diskretion die Erfindung besichtigt; es wird einstimmig versichert, daß das Verfahren in der Tat verblüffend und sehr praktisch sei. Ellehammer sagt, daß er einstweilen aus begreiflichen Gründen genauere Mitteilungen nicht machen könne, da die Patentrechte noch nicht erworben sind, aber er fügt hinzu, daß das Verfahren sehr einfach sei und in einer halben Minute erschöpfend erklärt werden könne. Er will seine Erfindung nicht einer einzelnen Gesellschaft verkaufen, um eine Monopolbildung zu verhindern, sondern das Verfahren allen transatlantischen Dampfschiffahrt-Gesellschaften zur Verfügung stellen.

Eisenbahn-Unfälle. In der Nacht zum Mittwoch ist der Expreßzug, der von Malmö nach Stockholm als Luxus-D-Zug fährt, bei Elmhult aus den Schienen gesprungen. Mehrere Wagen, darunter zwei Schlafwagen erster Klasse, wurden umgeworfen. Nur die Lokomotive und drei Wagen blieben auf dem Gleise stehen. Von den Passagieren und dem Fahrpersonal ist niemand zu Schaden gekommen. An der Unfallstelle waren alle Telephon- und Telegraphendrähte gerissen. Der Bahndamm ist auf eine Strecke von 100 Meter aufgerissen. Die Passagiere kamen mit achtstündiger Verspätung in Stockholm an. Ursache des Unfalls war ein Radreifenbruch. — Ferner wird aus Jünkerat, Regierungsbezirk Trier, gemeldet: Mittwoch vormittag stießen zwischen den Stationen Jünkerat und Lissendorf zwei Bauzüge auf einem außer Betrieb befindlichen Gleise infolge unterlassener Verständigung zusammen. 4 Personen wurden schwer, 6 leicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Kleine Chronik. Als die Bergwerkspolizei von Bogoduchow (Rußland) einige Räuber verhaften wollte, die sich in einem Hause versteckt hielten, wurde sie von den Räubern beschossen. Die Polizei holte Kosaken herbei und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem zwei Polizeibeamte verwundet und zwei Räuber und drei andere Personen getötet wurden. — Infolge eines Dammbruchs sind gestern 17 Personen im Mississippi ertrunken. — In Minersvilli (Pennsylvanien) kam es zu einem Auflauf, an dem 3000 Personen teilnahmen. Die Polizei schritt gegen die erbitterte Menge ein. Vier Personen sind getötet und zahlreiche verletzt worden.

Literarisches.

Eine große Steigerung der Auflage der Wochenschrift „In Freien Stunden" kann unser Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68, melden. Wir begrüßen dies als eine durchaus erfreuliche Tatsache, aus der hervorgeht, daß immer größere Kreise der Arbeiterfamilien dazu übergehen, die einzige im Parteiverlag erscheinende Wochenschrift — deren Inhalt der guten Unterhaltungsliteratur gewidmet ist — zu lesen. Hierzu kommt, daß der gegenwärtig zum Abdruck gelangende Bergarbeiterroman „Germinal", der den berühmten Schriftsteller Emile Zola zum Verfasser hat, die Leser erschüttert und andauernd in Spannung hält. „In Freien Stunden erscheint wöchentlich. Jedes Heft ist von Künstlerhand illustriert und erscheint in einem Umfang von 24 Seiten zum Preise von 10 Pfg. Wer die Wochenschrift noch nicht kennt, verlange eine Probenummer, die alle Parteibuchhandlungen, Spediteure und Kolporteure kostenlos liefern. Neuhinzutretende Abonnenten können den bisher erschienenen Teil von „Germinal" nachgeliefert erhalten.

Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Gemeinden erstreckt sich erfreulicherweise auf immer weitere Gebiete. Über diese erfolgreiche Tätigkeit wie überhaupt über alle wichtigen Vorgänge auf kommunalem Gebiet aus allen Teilen Deutschlands berichtet übersichtlich die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68 erscheinende Wochenschrift **„Kommunale Praxis"**. Allen Genossen, die in irgend einer Beziehung eine Tätigkeit im Dienste der Gemeinde ausüben, ist daher die Lektüre der „Kommunalen Praxis" dringend anzuraten. Jede Woche erscheint 1 Heft. Preis pro Quartal 3 Mk. Abonnements nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungsspeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 8. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—4 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück —,— Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,05—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,40, Eier Stck. 7—8 Pfg., Heringe 8 10 Pfg., Dorsche genüg. Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 0,80—1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,30—1,85 Mk., Brachsen 70—80 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Barsche Pfd. 00—70 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 70—80 Pf., Aland Pfd. 80 Pfg. Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 8. Mai.

1. Klasse 549 Drittel zu 120,28 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 52 „ „ 116,87 Mk. „ „
Unverkauft blieben — Tonnen.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 8. Mai.

Auftrieb 1854 Schweine. Markt rege geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,50 bis 68,— (54,— bis 54,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68,00 bis 68,50 (53,— bis 53,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 67,— bis 68,00 (52,50 bis 53,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 65,— (45,50 bis 49,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 64,00 (—,— bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 62,00 (45,00 bis 48,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Beim Einkauf von Margarine fordere man nur die ersten Marken
„Siegerin"
„Palmato"
„Mohra"

Erscheint dreimal wöchentlich | **Bezugsquellen-Verzeichnis** | Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Järgstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
H. Faasch. Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Kallhorst, Warendorpstr. 20. Fünfhausen 7.

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulf Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Weiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Warendorpstr., Petzerstr. 1c.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Kath,
Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41 a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Paley, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
E. Möller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42 a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Packenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
AdolphDimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1 a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeb, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt, Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 83.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40 a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 106. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48 b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1936.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!